

Dokumentation

64. Sitzung des Stadtforums Berlin am
15. August 1997

Stadtjugend

Kontakt

Stadtforum Koordinationsbüro E-Mail
info@stadtforum-berlin.de

Inhaltsverzeichnis

Programm

Fragenkatalog der Lenkungsgruppe

Thesenpapier

Protokoll

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

Irene Poczka: Stadtjugend

Nadine Jelen: Jugendliche in Marzahn

Slavica Uzelac: Jugend und Arbeit

Martina Buhtz: Zukunftsperspektiven von Jugendlichen in Großsiedlungen

Wolfgang Kühnel: Politische Handlungsräume von Jugendlichen in der Stadt

Walter Jahn: Statt Stadtjugend Stadtbürger? Die Verdrängung Jugendlicher aus öffentlichen Räumen

Adressen der Referenten des 64. Stadtforums Presse-

Beiträge

Redaktion:
Stadtforum Koordinationsbüro
Philipp Meuser - Hans Panhoff
Köpenicker Straße 48/49 10179
Berlin-Mitte Fön 030-275 60 250 Fax
030-275 60 252

Berlin, im September 1997

Programm

Stadtjugend

Freiheitsraum oder Frustraum?

64. Sitzung des Stadtforums am 15. August 1997, 14.00 bis 19.00 Uhr ehemaliges Staatsratsgebäude, Schloßplatz 1, 10178 Berlin-Mitte

14.00 - 14.15 **Moderation**, Prof. Schäfer, TU Berlin
Begrüßung und Einführung

14.15 - 14.30 **Nasi Alimardani**, Studentin, Gruppe „Schöneberg für Mädchen“ mit **Lisa Alberding**, Schülerin, Schöneberg

14.30 - 14.45 **Nadine Jelen**, Jugendliche, Berlin-Marzahn

14.45 - 15.00 **Irene Poczka**, Schulsprecherin der Sophie-Scholl-Oberschule, Berlin-Schöneberg

15.00 - 15.15 **Özgür Süzem**, Alte Feuerwache, Kinder-Jugend-Kulturzentrum, Berlin-Kreuzberg

15.15 - 15.30 **Slavica Uzelac**, Auszubildende, Visolux Elektronik GmbH/IG-Metalljugend 15.30 - 16.30

Diskussion 16.30 - 17.00 PAUSE

17.00 - 17.20 **Dr. Wolfgang Kühnel**, Jugendsoziologe, Humboldt-Universität Berlin „Politische Handlungsräume von Jugendlichen in der Stadt“

17.20 - 17.40 **Dr. Martina Buhtz**, Soziologin, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Berlin „Zukunftsperspektiven in Großsiedlungen“

17.40 - 18.00 **Walter Jahn**, Politologe und Stadtforscher, Berlin „Die Verdrängung Jugendlicher aus öffentlichen Räumen“

18.00 - 19.30 Diskussion und Ende

Fragenkatalog der Lenkungsgruppe

- 1 In einzelnen Kiezen herrscht eine regelrechte „Codierung“ unter Jugendlichen. Dabei gilt vor allem die Herkunft als Kriterium der Akzeptanz. Wodurch entsteht dieser Codierungsdrang? Wie kann Stadtplanung darauf reagieren?
- 2 Jugendliche haben eine andere Wahrnehmung von Stadt sowie andere Standortpräferenzen. Wie erlebt Jugend ihre Stadt?
- 3 Jugendliche scheinen immer stärker aus dem öffentlichen Raum gedrängt zu werden. Wie eignen sie sich die verbleibenden Räume an? Welche Erwartungen werden an den öffentlichen Raum gestellt?
- 4 Stadt ist ein Ort der Integration unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen. Welchen Beitrag leisten Jugendliche zur kulturellen Identität in der Stadt?
- 5 Jugendliche nutzen die Angebote der Stadt sehr unterschiedlich. Während viele Funktionen räumlich getrennt sind, die Mobilität also zweckorientiert ist, konzentrieren sich viele Jugendliche auf ihre räumliche Nachbarschaft. Welches Verhältnis besteht zwischen der räumlichen und funktionalen Infrastruktur in der Stadt?
- 6 Im Sinne einer Stadtentwicklung, die sich auf einen breiten Konsens bei den Nutzern stützt, erscheinen auch kinder- und jugendorientierte Planungen sinnvoll. Welche Instrumente können entwickelt werden, um Jugendliche an der Planung zu beteiligen?
- 7 Das Planwerk Innenstadt Berlin sieht eine stärkere Nutzungsmischung durch Verdichtung vor, als sie bislang in den zentralen Bereichen vorzufinden ist. Wie bewerten Jugendliche die angestrebte Verdichtung, die zu einer zeitlichen, räumlichen und funktionalen Umstrukturierung führen wird?

Der Fragenkatalog ist das Ergebnis von zwei Vorbereitungstreffen mit den Referenten und Vertretern der Lenkungsgruppe. Die Aspekte sind als Anregung für die Vorträge und die Diskussion zu verstehen.

Thesenpapier

Stadtjugend

Frustraum oder Freiheitsraum

Thesenpapier zur 64. Sitzung des Stadtforums Berlin am 15.
August 1997

Die gesellschaftliche Krise ist nach Darstellung der Shell-Studie *Jugend 1997* bei den Jugendlichen angekommen. Gleichzeitig gehen städtische Freiheitsräume für die Jugend in der Stadt verloren, da ihre staatliche Finanzierung zunehmend in Frage gestellt ist. Wie die Sozialstatistik des Berliner Senats belegt, öffnet sich die Schere zwischen arm und reich in einem bis heute nicht bekannten Ausmaß. Für die sozialen Schichten der Jugend, die mit immer weniger Geld in der Stadt auskommen müssen, wird der *Freiheitsraum* zu einem *Frustraum*. Besonders ausländische Jugendliche sind betroffen, von denen zudem 50 Prozent ohne Lehrstelle sind. Ethnisch aufgeladene Konflikte unter Jugendlichen nehmen zu; gesellschaftliche Jugend-Netzwerke lösen sich mehr und mehr auf. Aber was tritt an ihre Stelle? Droht das untere Drittel einer zunehmend allein gelassenen Jugend in eine brutale Individualisierungsfalle zu laufen, während das obere Drittel im Internet surft? Das Stadtforum versucht auf seiner 64. Sitzung, die Öffentlichkeit für die Jugendproblematik zu sensibilisieren und nach Ansätzen für eine jugendgerechtere Stadt zu suchen. Im Vordergrund steht dabei der Dialog zwischen jugendlichen Betroffenen, analysierenden Experten und verantwortlichen Politikern.

Protokoll des 64. Stadtforums

Stadt Jugend

Freiheitsraum oder Frustraum?

Protokoll des 64. Stadtforums am 15. August 1997

Beginn der Veranstaltung: 14.00 Uhr Ende der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

ca. 250 Anwesende

Peter Strieder begrüßte die Anwesenden und erklärte kurz die Funktion des Stadtforums. Die Anwesenheit seiner Senats-Kolleginnen aus dem Jugend- und Arbeitsressort solle als Zeichen gewertet werden, daß das Thema von hoher politischer Ebene Ernst genommen werde.

Rudolf Schäfer ging auf die Hintergründe des Themas ein. In einer aufwendigen und langen Vorbereitung sei die Sitzung intensiv vorbereitet worden. Hinzuweisen sei auf die Tatsache, daß sowohl Stadtentwicklung als auch Jugend Querschnittsaufgaben erfüllten. Es sei bewußt die bewährte Dramaturgie des Stadtforums gewählt worden, um im Anschluß konkrete Empfehlungen formulieren zu können.

Nasi Alimardani, Studentin der Landschaftsarchitektur, kritisierte das Fehlen einer geschlechterspezifische Planung, die auch die Ansprüche junger Frauen berücksichtigt. Aufgrund ihrer eigenen Biographie - aufgewachsen in einem islamischen Land - habe sie sich schon früh für diese Problematik interessiert. Dabei sei ihr aufgefallen, daß sich die frauenspezifische Planung bislang nur mit weiblichen Erwachsenen auseinandergesetzt habe. In einem Projekt, das dem Lebens- und Erfahrungsaustausch unter 10- bis 20-jährigen jungen Frauen dienen sollte, sei ein erster Ansatz entwickelt worden, diese Altersgruppe in laufende Planungsprozesse zu integrieren.

Lisa Alberding, Teilnehmerin des Workshops „Schöneberg für Mädchen“, referierte über ihre Mitarbeit in diesem Projekt. Erst durch diese Diskussion sei sie dafür sensibilisiert worden, daß sich im öffentlichen Raum mehr Jungen als Mädchen aufhalten. Zu ändern sei dies zum Beispiel durch ein verstärktes Nutzungsangebot für junge Frauen: öffentliche Konzerte oder auch mehr Fahrradwege.

Nadine Jelen, Jugendliche aus Marzahn, stellte zu Beginn ihres Beitrages fest, daß der Bezirk weitaus jugendfreundlicher sei, als dies sich in der öffentlichen Meinung widerspiegele. Das Durchschnittsalter liege bei 33 Jahren, in Marzahn leben 55.000 Jugendliche und Kinder. Doch so jung der Bezirk auch sei, er biete den Jugendlichen keine rosigen Zukunftsaussichten. 500 Jugendliche seien ohne Lehrstelle, 800 leben von Sozialhilfe. Zwar seien in Marzahn nach der Wende alle Jugendclubs erhalten geblieben, doch sei ein Problem, daß diese Häuser geregelte Öffnungszeiten haben und Jugendliche außerhalb dieser Zeiten ihre Aktivitäten „auf die Straße“ verlegen müßten. N. J. wies auf Ansätze der Selbsthilfe hin, bei denen Jugendliche eigene Projekte realisiert hätten. Doch seien einige Freizeitaktivitäten nur von der öffentlichen Hand oder von privaten Investoren zu realisieren.

Irene Poczka, Schulsprecherin der Sophie-Scholl-Oberschule, ging auf die allgemeine Situation von Jugendlichen ein. Auf das, was derzeit in Berlin in Planung oder Bau sei, sollten Jugendliche bereits heute eine Einflußmöglichkeit haben. Schließlich müßten sich die Jugendlichen von heute mit diesen Vorgaben arrangieren, wenn sie in Zukunft zu

Entscheidungsträgern würden. Ein weiterer Aspekt liege in der Behinderung jugendlicher Mobilität. Steigende BVG-Preise trügen nicht zu einer Förderung des räumlichen Austauschs bei. Jeder Kiez habe seine spezifischen Funktionen. Mit Architektur und Stadtgestaltung müsse eine stärkere Durchmischung erreicht werden.

Özgür Süzem, Betreuer in der Alten Feuerwache, referierte über seine Arbeit in dem Kreuzberger Jugendzentrum. Ein zentrales Problem sei nicht ein geringfügiges Raumangebot, sondern eher der erhöhte Bedarf an Betreuungspersonal. Weitere Schwerpunkte lägen in der Arbeit mit Kindern, die in zwei unterschiedlichen Kulturen (Heimatkultur im Elternhaus -deutsche Kultur in der Schule) aufwüchsen.

Slaviza Uzelac, Auszubildende und Vertreterin der IG-Metalljugend, stellte in ihrem Beitrag die Bedeutung des Arbeitsplatzes für Jugendliche heraus. Arbeit bedeute eine Herausforderung, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten und sei ein erster Schritt zur finanziellen Unabhängigkeit. Die Situation in Berlin sei jedoch verheerend: 11.304 Ausbildungswilligen stünden 1.084 noch freie Ausbildungsplätze entgegen. 80% der Auszubildenden in Berlin-Brandenburg-Sachsen müßten daher in Notprogrammen unterkommen, was nicht zu einer befriedigenden Situation führe.

Nadine Jelen bemerkte, daß Vorschläge der Jugendlichen nicht umgesetzt würden. Man habe vielmehr das Gefühl, nicht ernstgenommen zu werden.

Lisa Alberding ergänzte, daß Vorschläge des Landeschülerausschusses einfach ignoriert würden.

Nasi Alimardani wertete die Sitzung des Stadtforums als ersten Schritt, an die Öffentlichkeit und Politik zugehen.

Andreas Hallmann betonte, daß Stadt und Bewohner in gegenseitiger Wechselbeziehung stünden. Dies hieße auch, mehr Bürgerbescheide durchzuführen, um einen breiteren Konsens der politischen Arbeit zu erreichen.

Winfried Hammann fragte kritisch, ob es in Kreuzberg bereits hungernde Kinder gebe.

Rudolf Schäfer formulierte ein kurzes Zwischenresümee. Man habe jetzt die Möglichkeiten der Beteiligung erörtert. Die Shell-Studie stelle jedoch fest, daß Jugendliche politikverdrossen seien. Könnten die anwesenden Jugendliche die These mittragen?

Lisa Alberding antwortete, die Jugend sei parteiverdrossen, aber nicht politikverdrossen.

Rita Schmidt berichtete von einem Projekt aus Hamburg und Rostock aus den Jahren 1993-96, das inzwischen auch im Amerika-Haus in Berlin umgesetzt wurde.

Ingrid Stahmer erörterte den Beteiligungsbericht für Berlin, der zur Zeit erstellt würde. Es finde weitaus mehr an Aktionen statt, als man denke. Allerdings seien diese Aktivitäten nicht in Gremien zu verzeichnen, sondern auf anderen, informellen Ebenen.

Irene Poczka forderte, man solle die Jugendlichen ernst nehmen. Weiter fragte sie kritisch, ob dieses Stadtforum eigentlich nur eine Alibi-Veranstaltung sei? Könne man nicht ein regelmäßiges Forum einrichten?

Volkmar Strauch merkte an, daß es illusorisch sei, daß mehr Geld für jugendliche Einrichtungen bereitgestellt würde. Es müsse also eine Überprüfung der vorhandenen Einrichtungen stattfinden, um eine bessere Auslastung zu erreichen.

Peter Strieder stellte die These auf, es gebe eine Distanz zwischen Jugend und dem Rest der Gesellschaft. Dieser Diskurs solle aber nicht nur in jugendpolitischen Kreisen geführt werden,

sondern auch in anderen Disziplinen. Wie könne man jedoch diesen Prozeß in Gang halten? Auf jeden Fall müsse es eine weitere Veranstaltung geben, bei der die Ergebnisse und Empfehlungen dieses Stadtforums überprüft werden müßten.

Ingrid Stahmer konstatierte, man dürfe nicht nur nachdenken, sondern auch praktisch handeln. In die derzeit im Diskussionsprozeß stehenden Leitlinien für eine kinder- und jugendgerechtere Stadt sollen die Ergebnisse des Stadtforums eingearbeitet werden.

Christine Bergmann sagte, die Situation der Ausbildungsplätze werde sich weiter verschlechtern. Ein zentrales Problem sei in Berlin, daß nur noch 21 Prozent der Betriebe überhaupt ausbildeten. Visolux etwa sei ein Ort, in dem große Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen würden.

Ulrike Herbig erinnerte daran, daß Jugendpolitik eine Investition in die Zukunft sei, allerdings nicht richtig umgesetzt werde. Ein Angebot für Jugendliche könne immer nur so gut sein, wie es von Erwachsenen zugelassen werde.

Katrin Fleischer merkte energisch an, daß Jugend Ernst genommen werden wolle. Es gebe einfach zu viele Beteiligungsformen. Als Sozialarbeiterin habe sie es allmählich satt, immer nur als Bettlerin aufzutreten.

Arvid Krüger hob hervor, daß das Planwerk Innenstadt erst in 20 Jahren realisiert werden solle. Sein Vorschlag sei daher, eine Diskussion mit Jugendlichen zu initiieren, die zukünftig in Entscheidungspositionen sein werden.

Volkmar Strauch stellte die Frage, wie man die vorhandenen Mittel besser einsetzen könne. Dies treffe auch auf privates Engagement zu. Man solle nicht etwas fordern, was ohnehin nicht erfüllt werden könne. Es sei aber ein Skandal, daß es nicht genügend Ausbildungsplätze gebe.

(...)

Rudolf Schäfer faßte die Diskussion mit einer ersten Struktur der möglichen Empfehlungen zusammen. Es sei gelungen, das Thema Jugend und Raum in den Griff zu bekommen. Weiter sei deutlich geworden, welche Anforderungen an den öffentlichen Raum gestellt würden. Dies bestehe in einer Flexibilität der angebotenen Räume, ihrer Multifunktionalität und in der Mitgestaltung durch Jugendliche selber. Die These der Shell-Studie, nach der Jugendliche zwar unpolitisch (auf Parteien bezogen) aber nicht unkritisch seien, habe sich bewahrheitet. Für die Zukunft gelte es, kein neues Gremium oder Element ins Leben zu rufen, sondern die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen.

Zusammenfassung: Philipp Meuser

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

Im Anschluß an die Sitzung am 15. August 1997 (Stadtjugend - Freiheitsraum oder Frustraum?) faßte die Lenkungsgruppe des Stadtforums die Ergebnisse zusammen und formulierte die folgenden Empfehlungen an Senator Peter Strieder und seine anwesenden Kolleginnen Senatorin Ingrid Stahmer und Senatorin Dr. Christine Bergmann, aber auch an die für die lokale Situation zuständigen Bezirke.

1. Bedeutung des Stadtraumes für Jugendliche

Das Stadtforum hat sich in seiner 64. Sitzung erstmals eingehend mit jugendpoliüschen Fragen befaßt. Dabei wurde das Thema bewußt auf räumliche Fragestellungen konzentriert. Jugendliche sollten ihre Anforderungen an den Stadtraum und die Stadtentwicklung formulieren. Dabei ist deutlich geworden, daß die Aneignung von Räumen in Abhängigkeit zu anderen zentralen Problemen der Jugend steht. Dies trifft vor allem auf die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation zu. Jugendliche ohne Arbeit oder Ausbildungsplatz nutzen den Stadtraum anders und haben andere Anforderungen an ihn.

Insgesamt ist die große Bedeutung des Stadtraumes für die Lebenswelt der Jugendlichen deutlich geworden. Jugendliche erfahren den großstädtischen Raum im wesentlichen als ein Netz von „räumlichen Inseln“. Der begonnene Dialog zwischen Planem und Jugendlichen im Stadtforum ist ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und muß als Ausgangspunkt für eine konsequente Integration von Jugendbelangen und der Beteiligungen von Jugendlichen in der Stadtentwicklung und Stadtplanung genutzt werden.

2. Anforderungen an den Stadtraum

Die an der Diskussion beteiligten Jugendliche haben präzise Vorstellungen von öffentlichen Räume beschrieben, die sich weitestgehend mit den Erkenntnissen der Stadt- und Jugendsoziologie decken. Die Anforderungen an die öffentlichen Räume lassen sich mit folgenden Stichworten zusammenfassen.

- * Öffentliche Räume müssen multifunktional nutzbar sein, sie müssen Zonen für Aktivitäten ebenso bieten wie solche für Rückzug und Entspannung.
- * Von wesentlicher Bedeutung ist das Offenhalten von noch nicht endgültig definierten und geplanten Räumen.
- * Der Zusammenhang zwischen der Wohnungssituation in den einzelnen Quartieren und den Qualitäten der jeweiligen öffentlichen Räume muß berücksichtigt werden.
- * In den großen Vororten und Neubaugebieten müssen neben der Gestaltung der öffentlichen Räume selbst Quartiere mit kleinen Zentren der öffentlichen und privaten Versorgung gebildet werden. Wichtig ist dabei die bewußte Einbeziehung von privaten Einrichtungen, die für die stadträumlichen Aktivitäten von Jugendlichen bedeutsam sind wie etwa Sport- und Videogeschäfte, Cafes, Einkaufszentren etc.
- * Die Gestaltung der Freiräume berücksichtigt bilang so gut wie nicht geschlechter spezifische Aspekte - dies geht in der Regel zu Lasten der Mädchen.

- * Jugendliche bewerten Schönheit und Sauberkeit der öffentlichen Räume sehr hoch. Schmutz und Gestank machen viele öffentliche Räume auch für Jugendliche unbenutzbar.
- * Die Schulen und ihre Hof- und Freiflächen müssen mit in den öffentlichen Raum einbezogen und entsprechend nutzbar gemacht werden.

Insgesamt zeigte die Diskussion, daß die Anforderungen aus Sicht der Jugendlichen in weitem Maße mit denen anderer Bevölkerungsgruppen identisch sind. Für die Jugendlichen geht es insbesondere darum, aktiv an der Gestaltung einzelner Räume mitwirken zu können.

Deutlich wurde aber auch, daß Zielkonflikte mit bestimmten Intentionen der Stadtentwicklung und Stadtplanung gegeben sind. Dies gilt insbesondere für die Verkehrsplanung, kann aber auch Maßnahmen der innerstädtischen Verdichtung betreffen.

Wesentliche Bedeutung hat für die Jugendlichen die Aufrechterhaltung eines Netzes von Jugendeinrichtungen. Angesichts knapper werdender Mittel wird es hier darum gehen, vorhandene Ressourcen durch mehr Flexibilität, durch Aktivierung von Selbsthilfepotentialen und durch die Reduzierung von aufwendigen Standards zu erschließen.

3. Beteiligung und Mitwirkung von Jugendlichen an der Gestaltung der städtischen Räume

Die Berücksichtigung der Belange der Jugendlichen in Stadtentwicklung und Stadtplanung ist eine längst gesetzlich formulierte Querschnittsaufgabe (Kommunales Jugendhilfegesetz, Baugesetzbuch), die bisher von den Verantwortlichen nicht befriedigend wahrgenommen wird.

Verfahren und Gremien für die Beteiligung von Jugendlichen an der Stadtentwicklung müssen weiterhin intensiv genutzt werden, um den Interessen der Jugendlichen Ausdruck zu geben und Nachdruck zu verleihen. Dies gilt trotz des weit verbreiteten Frustes über die nur bescheidenen Erfolge solcher Beteiligungsarbeit. Die bezirklichen und gesamtstädtischen Entscheider müssen anders als bisher die Mitwirkung der Jugendlichen Ernst nehmen und ihnen Chancen zur Realisierung ihrer Vorstellungen geben.

Angesichts der Vielfalt der bereits bestehenden Regelungen und Möglichkeiten der Beteiligung müssen keine neuen Instrumente entwickelt werden. Es sollten aber - differenziert nach gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene - bestimmte Ansätze besonders intensiv genutzt werden:

Auf der gesamtstädtischen Ebene wird neben der Nutzung der bereits vorhandenen Gremien empfohlen, einen jährlichen „Klausurtag“ des Senats mit Jugendlichen einzurichten. Jugendliche sollten als Mitglieder des Stadtforums gewonnen und regelmäßig eingeladen werden.

Als Sofortmaßnahme ist die Einbeziehung von Jugendlichen in die Beteiligungsveranstaltungen zum Planwerk Innenstadt zu organisieren, da die in diesem Planwerk vorgesehenen Maßnahmen der baulichen Verdichtung für die stadträumliche Lebenswelt der Jugendlichen von großer Bedeutung sind.

Auf der bezirklichen Ebene sind neben der Nutzung der bereits gegebenen Möglichkeiten der Planungsbeteiligung folgende Schwerpunkte zu setzen:

- * Jugendliche müssen in die Erstellung der lokalen Agenden 21 einbezogen werden.
- * In ganz anderem Umfang als bisher muß Jugendlichen die Möglichkeit der unmittelbaren Mitwirkung an konkreten Projekten gegeben werden. Das betrifft nicht

nur die Konzeptfindung sondern vor allem die Realisierung durch Selbsthilfe und Eigenleistung (Beispiel Blockhaus Marzahn). Dazu bedarf es allerdings eines neuen Maßes an Flexibilität, einer Entstrüpfung von Regelungen und einer Durchforstung von Standards.

- * Speziell für die großen Neubausiedlungen ist das Konzept des „Stadtteilmanagements“ zu nutzen. Die Belange der Jugendlichen können so in die Gesamtentwicklung des Stadtteils integriert werden. Insbesondere kann und muß auf diesem Wege auch der wichtige Bereich der Wohnungsgesellschaften in eine aktive Jugendpolitik einbezogen werden.

Die Empfehlungen der Lenkungsgruppe und weitere Informationen zum Stadtforum sind im Internet abrufbar unter: **www.icf.de/stadtforum**

Stadtjugend

Von Irene Poczka, Schulsprecherin der Sophie-Scholl-Oberschule

Es ist schwer zu sagen, wie wir Jugendlichen die Stadt empfinden oder wie wir sie uns genau wünschen. Aber es gibt irgendwo eine Richtung, in die der Traum von einer perfekten Stadt geht: Eine Stadt mit Freiräumen und Nischen für Kommunikation und zum Alleinsein.

Es geht dabei nicht nur darum, daß wir sehr wahrscheinlich noch länger in Berlin leben werden als die meisten Erwachsenen, sondern es geht auch darum, daß die nächsten Generationen Jugendlicher sich hier ebenfalls wohlfühlen sollen. Das heißt, daß all jenes was heute hier in Berlin gebaut wird, die Ansprüche künftiger Jugendlicher schon jetzt berücksichtigen sollte.

Für uns Jugendliche sollte die Stadt einerseits Ort des Geschehens sein und ein bißchen schrill. Sie sollte ein Platz sein, wo man Leute kennenlernen kann und wo zu jeder Zeit etwas los ist.

Zum anderen wünschen wir uns Freiräume zum Entspannen. An diesen Orten sollte es weder laut noch hektisch sein. Vielleicht sollte diese Stelle in der Natur oder an naturnahen Orten liegen: z. B. ein nett gelegenes Jugendcafe im Park oder einfach eine Bank im Grünen.

Woran liegt das? Meines Erachtens sind die Angebote für Jugendliche über den eigenen Bezirk hinaus meisten nicht bekannt, sie werden weder an den Schulen noch über die Medien so verbreitet. Das heißt, die neu geschaffenen Plätze und Räume für Jugendliche müssen nicht nur gebaut werden, sondern anschließend auch für Jugendliche aus allen Bezirken leicht zu erreichen sein.

Leider stellt sich der Senat öfter die Frage, ob Berlin wohl einer mitteleuropäischen Hauptstadtmetropole gerecht wird, als die Frage, ob Berlin familien- bzw. kinder- und jugendgerecht wird.

Kinder- und jugendgerecht, das heißt auch positivere Bedingungen im Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Lern- und Spielbereich aber auch bessere Umweltverhältnisse.

Im Großen und Ganzen sollte die Stadt also die verschiedensten städtischen Räume direkt nebeneinander liegen haben. Der Senat sollte den Jugendlichen bessere und billigere Möglichkeiten geben, sich in der Stadt zu bewegen und andere Freiräume kennenzulernen. Er sollte versuchen mit Architektur und Stadtgestaltung die verschiedenen Gesellschaftsgruppierungen in der Stadt besser miteinander zu vermischen, so daß nicht die Reicheren und die Ärmeren isoliert in verschiedenen Stadtteilen leben und nichts miteinander zu tun haben.

Wenn Jugendliche regelmäßig in Diskussionen gleichberechtigt mit über die Stadtentwicklung und auch über die Aufteilung der Haushaltsgelder entscheiden könnten, so wäre es möglich, eine kinder- und Jugend- und so auch eine menschenfreundliche Stadt zu entwickeln.

Der dritte und letzte Ort muß ruhig und relativ abgelegen sein - nicht sehr groß und nur für einen selbst bestimmt, ein Rückzugsort. Hier sollte man allein und für sich sein können, kurz gesagt, einen eigenen intimen Freiraum haben. Diese Funktion kann ein eigenes Zimmer in der elterlichen Wohnung oder eine stiller Ort im Freien bzw. in einer Bibliothek, einem Jugendfreizeitheim etc. sein.

Sicher läßt sich jeder der genannte Orte in Berlin mehrfach finden, aber leider sind diese Plätze nicht immer unmittelbar nebeneinander. Die steigenden BVG-Preise unterstützen auch nicht gerade die Bewegungsmöglichkeiten der Jugendlichen außerhalb des eigenen Kietzes.

Damit wären wir schon bei dem nächsten Problem, denn, wie gesagt, bleiben die meisten jugendlichen in ihrem Kietz und unter ihresgleichen. Eindringlinge werden nicht gern gesehen und entweder gar nicht oder nur schwer akzeptiert. Das hängt vor allem mit den unterschiedlichen Sozialstrukturen in den verschiedenen Wohngebieten Berlins zusammen.

Zunehmende kindliche bzw. jugendliche Fehlentwicklungen, von motorischen Fehlentwicklungen bis zu auffälligem bzw. abweichendem Fehlverhalten entstehen durch die - aus der "Verinselung" und Isolation städtischer Kindheit mangelnden Freiräumen und fehlenden direkten Lebensbereichen.

So hat der eine Kiez die Grünanlagen und Parks, ein anderer hat die Verkaufsstraßen und der nächste die besten Kneipen. Zwar vermischen sich die verschiedenen Jugendlichen an manchen Orten, z.B. am Kurfürstendamm oder am Alexanderplatz, aber vom Zusammenwachsen der Stadt unter den Jugendlichen ist bisher wenig zu merken.

Jugendliche in Marzahn

Von Nadine Jelen, Jugendliche, Berlin-Marzahn

Ich möchte mich zunächst vorstellen. Mein Name ist Nadine. Ich bin 16 Jahre alt und ich komme aus Marzahn.

Wenn ich auf der Straße Leuten erzähle, daß ich aus Marzahn komme, bin ich oft von ihrer Reaktion enttäuscht. Die meisten fragen mich dann, wie ich es in Marzahn überhaupt aushalte. Wahrscheinlich denken viele von ihnen hier genauso. Die meisten wissen gar nicht, wie die Jugendlichen in Marzahn leben und womit sie sich beschäftigen, also finde ich, daß es diesen Leuten auch nicht zusteht, sich eine negative Meinung zu bilden.

Ich bin heute hier um vielleicht einige davon zu überzeugen, daß es in Marzahn nicht nur Gewalt und Rechtsradikale gibt, wofür dieser Bezirk ja allgemein bekannt ist. Sondern daß es auch eine Vielzahl junger Leute gibt, die nur darauf warten, daß man ihnen eine Chance gibt. Ich bin der Meinung, daß für die Jugend in Marzahn nicht genug getan wird. Es gibt kaum noch Alternativen für junge Leute.

1. Marzahn ist ein Stadtbezirk der Jugend

Ist sie auch eine Stadt für die Jugend?

Zuerst möchte ich Ihnen einige Zahlen nennen, damit Sie die Lage in Marzahn vielleicht besser verstehen.

- Durchschnittsalter 33 Jahre, 50.000 junge Leute
- Daten zum Bezirk: 165000 Einwohner, größte Plattenbausiedlung der BRD, ca. 10.000 Arbeitslose, ca. 800 Sozialhilfeempfänger, ein Kino, zwei Schwimmhallen, 10 kommunale Jugendklubs, etwa 20 Kinder- bzw. Jugendtreffs bei freien Trägern

Von den meisten Jugendlichen werden insbesondere die Blockhäuser und Jugendklubs genutzt. Jedoch schließen die Blockhäuser immer schon um 18.00 Uhr, aber ich kenne kaum Jugendliche die um diese Zeit schon nach Hause müssen. Also wohin dann mit uns? Oft halten wir uns dann auf Hinterhöfen auf. Aber meistens werden wir auch von dort wieder vertrieben, weil wir angeblich zu laut sind. Naja daß ca. 20 Jährige nicht gerade mucksmäuschen still sind, das ist ja wohl klar. Also, was sollen wir tun, damit wir einen Platz haben, wo wir uns auf halten können ohne andere damit zu verärgern oder zu belästigen? Auch wird es im Winter nicht gerade einfach, denn wer setzt sich schon gerne bei Minusgraden auf einen Hof? An solchen kalten Wintertagen sind wir dann oft in Hausaufgängen zu finden, aus denen wir allerdings auch oft von Erwachsenen vertrieben werden, weil man uns als Störenfriede ansieht. Also wohin mit uns?

2. Was tun wir für uns, was können Jugendliche mitgestalten?

Also zuerst möchte ich mal sagen was wir so dazu beitragen, daß unser Umfeld etwas angenehmer und erträglicher gestaltet wird. Zum Beispiel haben wir uns selbst ein Blockhaus aufgebaut und wir haben einen Keller renoviert, den wir jetzt als Kinderkeller nutzen. Und wir kämpfen Jahr für Jahr darum, daß uns diese Einrichtungen erhalten bleiben. Man will uns nicht mehr mit wichtigen Materialien und Geld unterstützen. Deshalb gehen wir jedes Jahr demonstrieren in der Hoffnung, unsere Einrichtungen noch ein weiteres Jahr über die Runden zu bringen. Wir haben auch schon zu Spendenaktionen aufgerufen und sind sammeln

gegangen. Ab und zu veranstalten wir auch einen Basar, um zusätzlich noch ein bißchen Geld einzubringen. Wir haben auch schon die Gelegenheit gehabt, unsere Meinung öffentlich an den Tag zu legen (runder Tisch). Dabei kam heraus, daß wir bis Ende 97 eine gesicherte Finanzierung erhalten. Aber was dann? Müssen wir dann wieder betteln, damit uns jemand anhört und wir dann vielleicht noch ein Jahr finanziert werden? Was passiert 98: da sollen wir noch weniger finanzielle Unterstützung bekommen. Wissen Sie, ich bin schwanger und bekomme selbst bald ein Kind, da macht man sich natürlich Gedanken was mal wird. Ich möchte mein Kind in 10 Jahren auch in ein Jugendklub schicken können. Ich möchte das es Möglichkeiten für Freizeitgestaltung gibt, daß mein Kind wählen kann, was es am Nachmittag machen möchte ohne daß es Unmengen von Geld braucht, oder daß es eine halbe Weltreise machen muß. Ich möchte daß es für Kinder und Jugendliche auch in 10 Jahren Alternativen gibt, daß die Kleinen von heute auch morgen noch in die Zukunft blicken können.

3. Was erwarten wir von einem attraktiveren Stadtbezirk?

Wir wollen, daß man uns mehr Alternativen einräumt. Zum Beispiel wäre es toll, wenn es in Marzahn ein Freibad geben würde. Die einzige Freibadmöglichkeit, die wir im Umkreis haben, nennt sich Plansche und ist einen halben Meter tief. Und was viele Marzahner stört oder aufregt ist die sinnlose Geldausgabe für den Bamimplatz. Man hat 4.7 Mio. Mark für einen Betonplatz aus gegeben. Niemand kann etwas damit anfangen oder ihn sinnvoll nutzen. Als man anfing, dort zu bauen, wurden wir sogar gefragt, was wir für Vorschläge und Interessen haben. Also haben wir uns hingesezt und unsere Vorschläge in Form von Zeichnungen und Modellen preisgegeben. Man ist aber in keinster Weise darauf eingegangen. Man hat uns nicht ernstgenommen. Ein anderer Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist der bauliche Zustand an und in Schulen. Zum Beispiel die Toiletten: die befinden sich in den meisten Schulen in einem katastrophalen Stand. Ich jedenfalls habe mich immer geekelt, die Toiletten zu benutzen. Die Schulhöfe sind auch nicht gerade ein schöngesehener Ort. Und auch fehlt es oft an Materialien.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß wir meiner Meinung nach das wenige Geld, was wir haben, sinnvoll einsetzen sollten und daß auch ab und zu mal an die Jugend gedacht werden muß, denn schließlich sollen wir irgendwann einmal die Zukunft gestalten, also muß man uns auch Chancen und Möglichkeiten einräumen, etwas aus unserem Leben zu machen. Denn die Jugend von heute stellt das Leben von morgen dar.

Jugend und Arbeit

Von Slavica Uzelac, Auszubildende, Visolux Elektronik GmbH

1. Bedeutung von Arbeit für Jugend

Unabhängigkeit und Selbständigkeit
Verantwortung
Vorbereitung zur Integration in die Gesellschaft

2. Lehrstellenmangel und Konsequenzen

staatlich finanzierte über- und außerbetriebliche Ausbildungsplätze
Warteschleifen in schulisch berufsvorbereitenden Maßnahmen
Verschlechterung der sozialen und ökologischen Lebenssituation ohne
Ausbildung schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

3. Bedeutung von Ausbildung für den Standort Deutschland

qualifizierte Arbeitskräfte soziale
Stabilität

4. Grundsätzliche Ziele und Forderungen der IG Metall-Jugend

duales Ausbildungssystem als Grundlage
Umlagefinanzierung
112%iges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen
Übernahme nach der Ausbildung
neue modernisierte Berufe

Endlich raus aus der Schule! Diese Freude endlich die Schule hinter sich lassen zu können kommt nicht von ungefähr. Ein neuer Lebensabschnitt beginnt eingeleitet durch die berufliche Ausbildung. Es werden konkrete Zukunftspläne geschmiedet. Eigene Wohnung, Führerschein, eigener Urlaub all das bedeutet finanzielle Unabhängigkeit. Endlich mal sein Ding machen zu können ohne bei den Eltern betteln gehen zu müssen.

Arbeit bedeutet für Jugend auch Integration in die Gesellschaft der Erwachsenen. Während der Schulzeit war der Bekanntenkreis auf Gleichaltrige begrenzt und somit auch die Lebenserfahrung. Jetzt beginnt sozusagen der spannende Teil. Verantwortung und Selbständigkeit am Arbeitsplatz fordern uns heraus und steigern das Selbstwertgefühl.

Aber was passiert wenn wir nicht die Möglichkeit bekommen uns zu integrieren weil, schon wieder Ausbildungsplätze fehlen. Ich kann aus eigener Erfahrung schildern wie frustrierend es ist über Monate hinweg zig Bewerbungen zu schreiben trotz Abitur und keinen Fehlzeiten in der Schule. Was läuft falsch fragt man sich? Und dann liest man es in der Zeitung oder bekommt es vom Berufsberater erzählt: Juli 1997 kommen in Berlin auf 11 304 unvermittelte Schulabgänger 1084 freie betriebliche Ausbildungsplätze. So wichtig sind wir also den Erwachsenen, daß sie uns nicht einmal mehr ausbilden wollen. Obwohl es doch einen Urteilsspruch vom 10.12.1980 des Bundesverfassungsgerichts gibt der wie folgt lautet:

Wenn der Staat den Arbeitgebern die praxisbezogene Berufsausbildung der Jugendlichen überläßt, so muß er erwarten, daß die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten damit so erfüllt, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das gilt auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgabe nicht mehr ausreichen sollte.

Der Staat zieht wieder einmal die Konsequenzen, wenn sich die Wirtschaft aus der Verantwortung mogelt. Es werden staatlich finanzierte Notprogramme gestartet wie zum Beispiel das Projekt Zukunftsinitiative oder Gemeinschaftsinitiative. Ich selber bin auch bei diesem Notprogramm untergekommen. Das Arbeitsamt bezahlt Firmen dafür, daß sie im Betrieb ausbilden. Dann gibt es da noch eine schlechtere Variante der Ausbildung. Das sind kaufmännische Ausbildungen, die schulischen Charakter haben und die in Pseudofirmen ablaufen. Die Auszubildenden müssen sich dann Praktikaplätze suchen, damit die Ausbildung anerkannt wird. Die negativen Begleiterscheinungen dieser Notprogramme sind 50% weniger Ausbildungsvergütung, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld und keine Übernahmegarantie, insgesamt gelten Tarifverträge also nicht, da wir keine Verträge mit Wirtschaftsunternehmen abgeschlossen haben. Der Weg nach der Ausbildung zum Arbeitsamt ist uns also sicher. Was mich am meisten schockiert ist der hohe Anteil an Jugendlichen, die auch in diesem Programm sind. In Berlin, Brandenburg und Sachsen sind es 80% der Auszubildenden.

Heutzutage stellen sich nur noch wenige die Frage: Was für einen Beruf will ich erlernen. Man muß einfach nehmen, was man kriegt. Ich sehe das so deutlich bei mir in der Firma. Wir haben zu Zeit 80 Auszubildende, von denen 70 aus dem Notprogramm sind. Alle haben die Zusage für ihren Ausbildungsplatz erst Ende September bekommen, das heißt gerade mal so auf den letzten Drücker. Da fackelt doch keiner und überlegt sich: Gefällt mir der Beruf denn überhaupt?, nachdem man vielleicht über Monate hinweg erfolglos zig Bewerbungen geschrieben hat, oder sogar schon eine einjährige Warteschleife in Form von berufsvorbereitenden Maßnahmen hinter sich gebracht hat.

Da ist es dann auch nicht verwunderlich, wenn die schulischen Leistungen während der Ausbildung nicht stimmen, die Fehlzeiten hoch sind und sogar nach einem halben Jahr etliche die Ausbildung abbrechen.

Wie soll es denn ohne Ausbildung später mal auf dem Arbeitsmarkt aussehen? Die höchsten Arbeitslosenquoten liegen bei denen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Wenn einem schon vorher der Boden unter den Füßen weggerissen wird, bevor überhaupt ein Fuß aufgesetzt wurde. Da ist dann auch noch der Druck von Eltern und Gesellschaft, der einen Verzweifeln läßt. Was ist man denn schon ohne Berufsausbildung in der Gesellschaft, geschweige denn ohne Arbeit. Jeder wäre gerne ein nützlicher Teil der Gesellschaft, anstatt hilflos darauf warten zu müssen, ob sich endlich irgend jemand gnädig erweist, einem eine Daseinsberechtigung zu geben. Der Schritt ins eigentliche Erwachsenenleben, d.h. Berufsleben wird herausgezögert. Eine Situation zeichnet sich ab, in der die Zukunft und soziale Unabhängigkeit auf lange Sicht nicht planbar sind. Aber das scheint ja niemanden wirklich zu tangieren, außer die Betroffenen. Wie oft wurden denn schon Absichtserklärungen unterschrieben, Gespräche mit Wirtschaft und Politik geführt, in Tarifverträgen Ausbildungsplatzquoten vereinbart und Presseerklärungen gemacht, wenn sich doch nichts ändert.

Stellen sie sich mal vor alle Schulen müssen geschlossen werden, da gerade eine Wirtschaftsflaute herrscht. Für die allgemeine Bildung ist das nicht denkbar. In der Beruflichen Bildung aber gilt: schlechte Konjunktur - geringes und schlechtes Ausbildungsangebot. Wie kann sich eine Industriegesellschaft wie Deutschland mit hoher Technologie so etwas leisten? Analphabeten auf wirtschaftlichem und technologischem Bereich werden den jetzigen Stand nicht halten können. Das produzierende Gewerbe, die Verwaltung, die Funktionen der gesamten Gesellschaft hängt davon ab, daß an der richtigen Stelle Menschen mit der richtigen Kompetenz arbeiten. Springt die Konjunktur wieder an, geht das Gejammer los: Wo sind die Fachkräfte? Auch die härtesten Fans der Marktwirtschaft müssen doch gemerkt haben, daß Ausbildung nicht von konjunkturrellen Schwankungen abhängig gemacht werden darf. Will man diese Taktik auch in Zukunft so verfolgen, dann haben wir in den nächsten Jahren erheblichen Facharbeitermangel. Wie können hochqualifizierte Wirtschaftsleute nur so kurzsichtig denken?

Unsere Forderung ist:

Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, müssen per Gesetz dazu verpflichtet werden, sich an den Ausbildungskosten zu beteiligen. Wer nicht ausbildet muß zahlen, damit allen Jugendlichen in angemessenem Umfang ein qualifizierter, betrieblicher Ausbildungsplatz angeboten werden kann.

Damit die für die Berufsausbildung notwendigen Kosten gleichmäßig auf alle Betriebe verteilt werden, ist eine gesetzliche Umlagefinanzierung notwendig. Es soll ein Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben entstehen. Dazu soll ein Ausbildungsfond eingerichtet werden, in den alle Betriebe eine Abgabe entrichten müssen.

Die Höhe der Abgabe richtet sich nach der Zahl der Bewerber und Bewerberinnen um einen Ausbildungsplatz und der Bruttolohnsumme des Betriebes. Betriebe, die ausbilden, können die eigenen Ausbildungskosten von diesem Betrag abziehen, so daß sie keine Abgabe entrichten müssen, wenn sie genug eigene Auszubildende beschäftigen.

Die Idee der Umlagefinanzierung gibt es schon seit den 70er Jahren und wurde von den Gewerkschaften entwickelt.

Am 08.10.1997 hat sich endlich eine Partei, die SPD, dazu entschlossen die Umlagefinanzierung als Gesetzesentwurf im Bundestag einzubringen.

Eigentlich ist die Notwendigkeit dieses Gesetzes ein Armutszeugnis für die Wirtschaft und den Staat, weil beide das Menschenrecht auf Arbeit mißachten.

Artikel 23, Absatz 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen besagt, das jeder Mensch das Recht auf Arbeit hat, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

Ich hoffe im Namen aller arbeitslosen und perspektivlosen Jugendlichen, daß das Umlagefinanzierungsgesetz ein voller Erfolg wird.

Zukunftsperspektiven von Jugendlichen in Großsiedlungen

Von Dr. Martina Buhtz, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Weeber und Partner

Jeder siebente Berliner Jugendliche über 15 Jahre ist in den Großsiedlungen Marzahn, Hellersdorf oder Hohenschönhausen zu Hause. Insgesamt leben hier rund 145.000 Kinder und Jugendliche. Der durchschnittliche Anteil an der Gesamtbevölkerung in den jeweiligen Bezirken liegt bei 35 %. Das ist eine recht beachtliche Zahl, bei der nicht selten vor allem Konfliktpotentiale und Defizite bei Angeboten der Jugendfreizeit assoziiert werden. Kurzum, hier scheinen alle erdenklichen Problemlagen - städtebauliche Mängel, soziale Segregation, Jugendarbeitslosigkeit - zusammenzutreffen.

Doch - und das sei vorangestellt: Jugendliche in Großsiedlungen sind keine besondere "Spezies", denn ihre Wünsche, Lebensentwürfe und Träume sind genauso vielfältig und bunt; ihre Sorgen, Ängste und Nöte die gleichen, wie anderswo. Jugendliche in Großsiedlungen sind deshalb auch keine Problem- und schon gar keine Randgruppe, sondern Teil dieser Stadt! Aber sie leben in Stadtteilen, die sich von anderen - historisch gewachsenen - vor allem durch ihre städtebaulichen, sozialen und demographischen Strukturen unterscheiden. Stadtteile, die mit Defiziten kämpfen und die Potentiale stärken wollen und die gegenwärtig großen Veränderungen unterliegen.

Eine davon ist, daß aus den "kinderreichen" Bezirken immer mehr "jugenddominierte" Stadtteile werden. Diese demographische Entwicklung durchläuft die Großsiedlungen als Welle, abhängig vom jeweiligen Besiedlungszeitpunkt; so "verjüngt" sich die Bevölkerung in Marzahn von Süd nach Nord. Diese Welle hinterläßt bereits heute Spuren:

- Einrichtungen für Kinder werden nicht mehr in der vorhandenen Menge gebraucht, wie Kitas und nachfolgend Grundschulen, Angebote für Jugendliche dagegen reichen noch nicht aus.
- In den Großsiedlungen leben räumlich hochkonzentriert Tausende von Jugendlichen, sie sind daher auch deutlich wahrnehmbarer als in anderen Stadtteilen.

Diese räumlichen und sozialen Besonderheiten der Großsiedlungen überlagern sich nun mit den allgemeinen Veränderungen innerhalb der Jugend. Welche Auswirkungen hat das auf Räume und die Art und Weise, wie sie durch Jugendliche angeeignet werden?

Andere Gruppenstrukturen und neue, vielfältigere Subkulturen

Diese allgemeinen Entwicklungstrends konstatiert die Jugendforschung seit geraumer Zeit. Die 12. Shell-Studie bringt dazu weitere interessante Befunde. Ohne diese Trends hier im einzelnen vertiefen zu können, stehen dafür u.a.:

1. Die Zeit des Erwachsenwerdens ist länger; klare zeitliche Grenzsetzungen bedingt durch Schule, Lehre und Arbeit verschwimmen aufgrund des ungelösten gesellschaftlichen Problems, dafür, in den nötigen Größenordnungen, die Voraussetzungen zu schaffen; d. h. die Möglichkeit zu haben, nach dem Schulabschluß eine Ausbildung zu beginnen und danach ins Berufsleben zu starten.

Dies hat *Konsequenzen* für die Aneignung von Räumen: Jugendliche leben länger in der elterlichen oft zu kleinen Wohnung, nutzen Stadträume intensiver und sind präsenter; der

Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum wird größer und konflikthafter nicht nur zwischen Jugendlichen, sondern auch zwischen Generationen oder anderen sozialen Gruppen.

2. Es ist nicht neu, daß es "die Jugend" ohnehin nicht gibt, sondern sie je nach Alter, Bildung und Ausbildung, Geschlecht und Sozialisationserfahrung sehr verschieden ist.

Deutliche Veränderungen gibt es in bezug auf Freizeitpräferenzen und Jugendkulturen. Die Abgrenzung von anderen als notwendige Form "des sich selbst Findens" ist nicht mehr "ganzheitlich"- wie die Shell-Studie feststellt- sondern geschieht über vielfältige, schnellebige-immer weniger abgrenzbare-subkulturelle Stile. Ausgelebt in unterschiedlichen Gruppen, meist Gleichaltriger- Peer-Groups werden sie von den Soziologen genannt.

Konsequenz daraus ist: Jugendfreizeitstätten oder Klubs erreichen immer weniger Jugendliche, hierhin aber fließt das meiste - von dem ohnehin zu wenigen - Geld. Die Schnellebigkeit und fließenden Grenzen der vielen jugendkulturellen Stile machen die Angebotsgestaltung für Jugendliche immer schwieriger. Dies trifft in besonderem Maß auf Gebautes zu, von dem Vorhandenes oft nicht mehr den Anforderungen entspricht und deshalb weniger nachgefragt ist, wie auch auf Neugebautes, das dem Anspruch auf langfristige Nutzung genügen muß.

Also: jeder Gruppe ihren Raum? Stadträume sind endlich! Individualisierung und Pluralisierung kann nicht bedeuten, daß die Stadt oder Stadtteile aufgeteilt werden wie ein Kuchen, vom dem jede Gruppe nicht nur Jugendgruppen- ein möglichst großes Stück bekommen möchte. Permanente Separierung von Räumen befördert Intoleranz und Rückzug und die Unfähigkeit, Räume gemeinsam zu nutzen und zu erleben.

Rückzugsmöglichkeiten müssen vorhanden sein, mehr als bisher ist jedoch auf vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, auf Multifunktionalität, von Räumen zu setzen. Das ist nicht nur eine Frage der Kosten, sondern ganz wesentlich auch des sozialen Zusammenlebens und damit der Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens.

Auf die Großsiedlungen runtergebrochen sind es vor allem

- die Wohnung
- die Freizeitstätten und
- der öffentliche Raum

auf die nun näher eingegangen werden soll.

Die Wohnung - auch für Jugendliche nach wie vor einer der wichtigsten Räume

In Marzahn gibt es über 66.000 Wohnungen, davon rund 56.000 in Plattenbauweise mit einer durchschnittlichen Belegungsdichte von 2,6 Einwohnern pro Wohnung. 1992 standen jedem Bewohner Marzahns ca. 25 qm Wohnfläche zur Verfügung. Im Vergleich dazu: der Berliner Durchschnitt liegt bei 34 qm. Die Mehrzahl der Wohnungen hat drei und mehr Zimmer. Das kleinste davon - das Kinderzimmer - ist durchschnittlich 10 qm groß. Aber immerhin: die meisten Jugendlichen - 86 % ergab eine Befragung innerhalb eines ausgewählten Stadtteils - haben ein eigenes Zimmer. Hier können sie, je nach dem, wie sie mit ihren Eltern klar kommen, schalten und walten. Schwieriger ist die Situation, wenn man Freunde mitbringen oder Musik in entsprechender Lautstärke hören will. Da stören Enge und Hellhörigkeit der Wohnungen schon eher, ist viel Toleranz beider Seiten von Nöten, wächst das Bedürfnis nach mehr Platz und den eigenen vier Wänden.

Es ist aber ein allgemeiner Trend, daß sich junge Erwachsene den Wunsch nach der ersten eigenen kleinen Wohnung immer später erfüllen können. Interessant ist, das wissen wir von verschiedenen Wohnungsunternehmen, daß ein Teil der Marzahner Jugendlichen auch gern in Marzahn eine eigene Wohnung hätte. Dem stehen sowohl das nur unzureichende Budget junger Leute entgegen, als auch der Mangel an geeigneten kleinen, bezahlbaren Wohnungen und die noch unzureichenden Möglichkeiten, in Wohngemeinschaften zu leben. Im Rahmen der Sozialplanung für Marzahn haben wir darauf orientiert, diese Wohnformen vor allem im Zusammenhang mit Nachverdichtungen und dem Leerstand vor allem großer Vier- und Fünfstück-Wohnungen verstärkt zu berücksichtigen. Gelingt es in den Großsiedlungen nicht, Jugendlichen solche Wohnungen anzubieten, werden sie weggehen und die Überalterung der Siedlungen wird beschleunigt.

Damit die Großsiedlungen über die Wohnung hinaus für junge Leute anziehende Quartiere werden oder bleiben, ist noch einiges mehr zu tun.

Jugendfreizeit ist besser als man denkt, aber noch nicht so gut, wie man es sich wünscht!

Beispielsweise ist in Marzahn seit der Wende keiner der vorhandenen 11 kommunalen Jugendklubs geschlossen worden. Darüber hinaus haben sich viele freie Träger mit einem breiten Spektrum vom Sportjugendklub über die Kunstschule bis zum Kinder- und Jugendbüro angesiedelt. Der Bestand an Freizeiteinrichtungen konnte bisher weitestgehend gesichert werden. In Zeiten knapper Kassen fällt es aber immer schwerer, diese Angebote zu erhalten und fortzuführen, geschweige denn zu erweitern, was aber nach wie vor nötig wäre. Denn jede in die Großsiedlung investierte Mark erreicht eine Vielzahl von Jugendlichen - jede gestrichene betrifft auch mehr als anderswo.

Jugendfreizeitstätten - notwendig aber nicht hinreichend

Jugendklubs oder Freizeitstätten sind wichtige Räume für Jugendliche. Hier können sie Musik hören oder machen, tanzen, Computern, Billard oder Dart spielen oder einfach nur miteinander reden.

Die Jugendklubs in den Großsiedlungen sind überwiegend - wie auch Schulen und Kitas - industriell gefertigte Typenbauten. Alle haben gleiche Raumraster, alle dieselbe Architektur. Oder anders gesagt: Kennst Du einen- kennst Du alle! Große, unflexible Räume entsprechen dem Bedürfnis Jugendlicher nach individuellen, kleinen und vielfältig nutzbaren Räumen nicht mehr. Ein Eingang, die Schlüsselgewalt bei den Mitarbeitern macht verschiedene Nutzungen durch mehrere Gruppen auch in Selbstverantwortung fast unmöglich. Dennoch - das Innenleben ist abwechslungsreicher, die Klubs sind offener geworden. Der architektonischen Verwechselbarkeit soll verstärkt inhaltliche Vielfalt entgegengesetzt werden. Es wird getestet und ausprobiert, was ankommt oder nicht!

Mit der Entwicklung der Nebenzentren bot sich die Chance, auch vom baulichen Einerlei wegzukommen. Die notwendigen Grundstücksverkäufe an Investoren waren mit der Option verbunden, die dort vorhandenen Jugendklubs zu erhalten oder nahe dem alten Standort neu zu bauen. Sukzessive entstanden und entstehen anstelle der alten, zahlreiche neue Jugendklubs.

Die Mehrzahl der Jugendlichen nutzt aber diese Jugendfreizeitstätten oder Klubs aus unterschiedlichen Gründen nicht, weil

- das Vorhandene nicht den Geschmack trifft,

- einzelne Cliques in Freizeitstätten dominieren, von denen man sich abgrenzt und
- weil man einfach nicht ständig "betreut" werden will.

Sie suchen und nutzen andere Räume!

Kleinteiligkeit und Flexibilität sind gefragt

In Marzahn ergänzen deshalb seit einiger Zeit kleinteilige wohnnahe Angebote das Spektrum der Freizeiträume: Aus einer ehemaligen Schulspeisungseinrichtung- von den Jugendlichen "Fresswürfel" genannt- wurde ein moderner Jugendklub, zahlreiche Blockhütten entstanden in und an Wohnhöfen, ein Hauskeller wurde zum Kinder- und Jugendkeller.

Eine herausragende Rolle spielt der Freiraum in den Großsiedlungen. Nahezu alle Innenhöfe wurden in Marzahn neugestaltet oder aufgewertet, ähnliches trifft auf Hellersdorf und Hohenschönhausen zu. Tischtennisplatten und Ballspielplätze sind neu hinzugekommen: umlagert und umkämpft von Jugendlichen und Kindern, wobei letztere oft den Kürzeren ziehen, nicht selten auch von den Anwohnern beargwöhnt, wegen des Krachs im früher ruhigen Hof.

Die großen verbindenden Grünzüge, wie das Wuhletal oder der Seelgraben sind noch im Dornröschenschlaf oder befinden sich in Planung. Auch hier gilt: Nischen lassen und nicht alles verplanen, temporäre Angebote ermöglichen. Dazu gehören auch Sitzgruppen, Plätze für Discozelt oder Freilichtkino, Grill- oder Feuerstellen und Liegewiesen.

Es sind also vor allem die mobilen, flexiblen und nicht komplett durchgestylten Räume, die angenommen werden. Sie sind abwechslungsreicher, anpassungsfähiger und kleinteiliger. Gleichzeitig - und das ist für die Großsiedlungen von besonderer Bedeutung - können damit recht schnell, häufig auch kostengünstiger und zeitlich befristet, Angebote entstehen.

Quartiere und öffentlicher Raum - beides noch unzureichend: Mehrfachnutzungen sind angesagt

"Das wichtigste ist, daß die Jugendlichen endlich von der Straße kommen. Es muß mehr angeboten werden!" Dieser Forderung begegnen wir auch auf Bewohnerforen in verschiedenen Siedlungen immer wieder. Dahinter steckt Sorge um die künftige Entwicklung, die nicht in Frage gestellt wird. Zugleich wirkt eine Gruppe Jugendlicher, die sich vor dem Hauseingang trifft, im Park die Bänke blockiert, im Hof abends Musik hört, einfach nur quatscht, auch trinkt und provoziert, schon eher beängstigend oder ruhestörend. Manchmal so scheint mir, steckt dahinter nicht nur Sorge, sondern auch ein Stück Intoleranz und Egoismus. Warum sollen Jugendliche eigentlich nicht auch auf die Straße, den Platz oder vor das Einkaufszentrum?

Die lebendige Stadt ist ein attraktiver Aktionsraum für alle Altersgruppen. Die allgemeine Infrastruktur und Urbanität eines Quartiers ist folglich wichtige Grundlage für die Aufenthalts- und Erlebnisqualität der Jugendlichen. Daran mangelt es den Großsiedlungen jedoch noch. Auch für junge Leute ist es dort am interessantesten, wo was los ist: Treffpunkte, Kultur, Kneipen und Einkaufen. Junge Leute bummeln nicht weniger gern als die alten. Plattenläden-Sport- und Computerläden sind gefragt, auch sie gehören in die Stadtteilzentren von Großsiedlungen.

In den letzten Jahren hat sich wie gesagt einiges getan, die angesprochenen Nebenzentren und größere Einkaufszentren sind zu wichtigen Treffs für junge Leute geworden: Skater aus Marzahn und Hellersdorf haben ihr Eldorado auf den großen Parkplätzen vor den Kaufcentern

in Eiche und an der Märkischen Allee entdeckt. Der Pub mit Lifemusik ist immer voll, die Marzahner Promenade gehört den Bikem, der Bürgerpark in Marzahn bietet auf großer Wiese genügend Platz, um alle möglichen Cliquen aufzunehmen. Auf Parkplätzen trifft man sich abends, Motorrad oder erstes eigenes Auto werden vorgeführt, gemeinsam repariert oder aufgemotzt. Sie alle eignen sich den öffentlichen Raum auf ihre Weise an: phantasievoll, vielfältig, laut, auch rücksichtslos und zerstörerisch.

Freizeiteinrichtungen, Schulen, Freiraum und Einkaufszentren sind für die Quartiersbildung von zentraler Bedeutung. Besonders wichtig ist es, diese Räume vielfältiger zu nutzen und die strenge Funktionsteilung zu überwinden: Schulen und Schulhöfe stärker zu öffnen, Vereine und Initiativen auch dort anzusiedeln. Schülerbands, SchYlercafés u.a. gibt es noch zu wenige. Warum soll nicht auch der Nachbarschaftsverein in der Schule sein Domizil haben können? Auch Sporthallen- und Plätze müssen mehr als bisher auch Nicht-Vereinsmitgliedern zugänglich sein. Ähnliches gilt für die Freizeitstätten, deren Räume vormittags ungenutzt leerstehen, aber in dieser Zeit von anderen genutzt werden könnten.

Jugendarbeit und Stadtteilmanagement

Vielfalt und Mehrfachnutzungen verlangen aber auch, ressortübergreifende Strategien zu entwickeln und umzusetzen sowie die strukturellen Rahmenbedingungen anzupassen.

Um Inhalte, Gestaltungen, Bedarfs und finanzielle Spielräume besser abzustimmen, müssen die unterschiedlichen Verwaltungen, Wohnungsunternehmen, politischen Ausschüsse, Initiativen, Vereine und nicht zuletzt die Jugendlichen selbst an einen Tisch. Jugend sollte deshalb auch nicht nur zum Thema werden, wenn es "brennt". Kinder- und Jugendarbeit muß permanenter Bestandteil eines modernen Stadtteilmanagements sein oder werden. Differenziertere, den realen Entwicklungen Rechnung tragende Planungen und Umsetzungsstrategien sind also notwendig, um Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Ein wichtiger Weg dahin ist, die Großsiedlungen nicht als homogene bauliche Masse zu verstehen, sondern die Kleinteiligkeit, die einzelnen Quartiere - mit immerhin 15000 bis 30000 Bewohnerinnen und Bewohnern - zu stärken. Vor allem aber kann man sich lange Planungs- und Realisierungszeiträume in Großsiedlungen nicht leisten. Dazu wachsen zuviele Kinder in den nächsten Jahren ins Jugendalter hinein und auch die Jugendlichen in Großsiedlungen bleiben nicht ewig jung.

Politische Handlungsräume von Jugendlichen in der Stadt

Von Dr. Wolfgang Kühnel, Jugendsoziologe, Universität Bielefeld

Normalerweise ist die Situation von Jugendlichen kein bewegendes Thema, weder in gesellschaftspolitischer noch in stadtpolitischer Hinsicht. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Probleme von Jugendlichen einen Diskussionsgegenstand des Stadtforums bilden.

Für die politische und gesellschaftlichen Öffentlichkeit sind Jugendliche in der Regel nur dann von Interesse, wenn sie in besonders spektakulärer Weise auf sich aufmerksam machen. Ereignisse, die sich mit der Lebenssituation Jugendlicher in einen Zusammenhang bringen lassen, müssen schon einen gewissen Dramatisierungseffekt haben. Dazu gehören zweifelsohne Gewalt und Kriminalität, vielleicht noch die Situation von Straßenkindern. Armut von Kindern und Jugendlichen wird nur dann zum Thema gemacht, wenn man damit glaubt, einen Krieg zwischen den Generationen vorhersagen zu können. Nimmt man die etwas "positivere" Seite, so geht es möglicherweise um die Schöpfung immer neuer Lebensstile und öffentlichkeitswirksamer Selbstinszenierungen, die sich gut vermarkten lassen. Als Marktteilnehmer für die Dienstleistungs- und Freizeitindustrie haben Jugendliche eine vergleichsweise großen Bedeutung. Dennoch wird ihnen häufiger die Rolle des öffentlichen Bösenwichts zugeschrieben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Es zeigt sich immer dann, wenn die Gesellschaft mit dramatischen Wandlungs- und Krisenprozessen konfrontiert ist.

Die Jugend gibt es nicht

Der Hinweis, daß es "die Jugend" nicht gibt, scheint trivial zu sein. Für Stadtpolitiker ist es allerdings folgenreich zu wissen, mit welchen Altersgruppen, sozialen Milieus oder Lebensstilen von Jugendlichen sie es zu tun hat. Immerhin erstreckt sich die Phase des Jungseins vom Eintritt in die Adoleszenz, das kann durchaus schon mit zwölf, dreizehn Jahren sein, bis zur sog. Postadoleszenz, die für immer mehr Heranwachsende bis zum Ende des dritten, mitunter sogar bis zum Anfang des vierten Lebensjahrzehnts reicht.

Die Prozesse, die dem zugrunde liegen, sind vielfältig:

- Ein immer längerer Aufenthalt in Bildungseinrichtungen, bei gleichzeitiger Entpflichtung von den Zwängen des Beschäftigungssystems

Wenn Jugendliche von der Erwerbsarbeit "befreit" sind, so bedeutet das für sehr viele, daß sie das notgedrungenen Maßen sind. Ungefähr 15 Prozent der Jugendlichen eines Altersjahrganges müssen mit Erwerbslosigkeit rechnen. Der Anteil, denen der Einstieg ins Erwerbssystem in der Altersphase von 24 - 30 Jahren verwehrt ist, hat sich in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß Jugendliche immer später (wenn überhaupt) mit der sozialen Realität der Erwerbsarbeit konfrontiert werden und damit ihre soziale Selbständigkeit immer später erreichen.

- Schwinden traditioneller Lebensformen und Wandel der sozialen Kontrolle

Die Bedeutung nachbarschaftlicher Bindungen und sozialräumlicher Milieus als Agenturen der sozialen Kontrolle schwindet. Es bilden sich "neue" Formen heraus. Auf eher indirekte Weise wirkt die Kontrolle, die von Lehrern und Sozialarbeitern, von den Produkten und Symbolen der Medien- und Freizeitindustrie und selbst vom Geld, als einem der zentralen Steuerungsmedien in dieser Gesellschaft, ausgeht. Nicht zu vergessen ist die Kontrolle, die durch private Wachschutzfirmen ausgeübt wird. Jugendliche erfahren dadurch soziale Kontrolle

auf eine sehr viel abstraktere und vermittelte Weise als in der Vergangenheit. Die Integrationsmöglichkeiten von Nachbarschaftsbeziehungen sind in räumlicher und sozialer Hinsicht geringer geworden.

- Destandardisierung der Abfolge von Übergangsereignissen: Das Durchlaufen und die Beendigung der Schulzeit, Eintritt in Ausbildung und Erwerbsarbeit, Auszug aus dem Elternhaus und Partnerschaft

Die herkömmlich Abfolge von Übergangsereignissen beim Eintritt in Ausbildung und Erwerbsarbeit, beim Auszug aus dem Elternhaus und beim Eingehen einer Partnerschaft und bei der Entscheidung für die Geburt eines Kindes wird immer stärker in Frage gestellt. Eine erfolgreich absolvierte Ausbildung bietet heutzutage keine Garantie mehr auf einen Arbeitsplatz. Der Prozeß der Identitätsbildung und der Partnerschaftsfindung erstreckt sich über eine sehr viel längere Phase, als das in früheren Zeit der Fall war. Bei Jugendlichen im Westen ist der Prozeß der Destandardisierung noch deutlicher ausgeprägt als bei ihren Altersgenossinnen im Osten.

Wenn es solche Veränderungen in der Sozialisation gibt, so muß das auch Folgen für die sozial-räumliche Organisation in den Bedingungen des Aufwachsens haben.

Verinselung als Organisationsprinzip sozialer Räume im Jugendalter

Bis in die sechziger und siebziger Jahre hinein konnte man noch eine vergleichsweise starke Beheimatung von Jugendlichen in ihrem Stadtviertel feststellen. Sie fanden sich auf der Straße zusammen, kannten den Bäcker und die Leute aus dem Haus und in der Nachbarschaft, die Schule lag womöglich in der unmittelbaren Nähe. Jugendliche erschlossen sich ihre Welt, in dem sie sich in immer weiteren (konzentrischen) Kreisen um die Wohnung bewegten. Mit zunehmendem Alter erweiterte sich der Aktionsradius, angefangen von der Wohnung, über das Haus bis hin zum Erschließen der näheren und weiteren Umgebung des Stadtteils. Der Lebensraum stellt sich als relativ einheitliches Gebilde dar. Bei bestimmten sozialen Gruppen, beispielsweise ausländischen Jugendlichen oder Jugendliche mit einem niedrigen Bildungs- und Sozialstatus, trifft man auch heute noch auf eine solche Orientierung.

In dem Maße, in dem die räumliche Welt in der Stadt immer stärker funktionsgebunden genutzt wird, entfemen sich auch die Orte für spezifische Tätigkeiten von der Wohnung und der Nachbarschaft. Die Räumliche Welt von Jugendlichen spaltet sich immer mehr auf in verschiedene, voneinander getrennte "Inseln" (vgl. Zeiher 1990; 1994). In der Kindheit bringen oder begleiten die Eltern ihre Kinder zu den verschiedenen Orten: Zur Kindertagesstätte, zum Spielplatz, zur Musikschule und an den Wochenenden zu Orten außerhalb des Wohngebietes. Dadurch verändert sich auch das Verhältnis zur unmittelbaren Wohnumfeld. Als räumlicher Bezugspunkt, ist der Kietz (wenn überhaupt) nur einer unter vielen. Welche Räume sich die Kinder erschließen hängt im wesentlichen von den zeitlichen und sozialen Ressourcen der Eltern ab. Obwohl sich in der Jugendzeit der Lebensraum erweitert, verändert sich kaum etwas an der "verinselte" Aneignung städtischer Räume. Wenn die Jugendlichen in der Kindheit von ihren Eltern zu den Orten gebracht wurden, so wird es in späteren Lebensphasen schwer fallen, Beziehungen in der Nachbarschaft herzustellen. Dazu fehlen ihnen die Erfahrungen. Normalerweise ist es so, daß Verabredungen mit Freunden nicht im Kietz, sondern in der Schule getroffen werden. Da die Schulen vielfach nicht im unmittelbaren Wohngebiet der Jugendlichen liegen und ihre Freunde auch aus anderen Stadtteilen kommen, müssen sie ihre Verabredungen räumlich und zeitlich koordinieren und mitunter sogar mit den Eltern abstimmen. Sich selbstverständlich und spontan im Kietz zu treffen, wird unter solchen

Bedingungen schwierig sein. Wenn die Jugendlichen gemeinsam etwas unternehmen wollen, so müssen sie sich um Kontakte und Treffen bemühen. Den aktiven Umgang mit der "Verinselung" sozialer Erfahrungsräume scheinen Jugendliche mit einer Mittelschichtherkunft am besten zu bewältigen. Deren Eltern verfügen über vergleichsweise günstige zeitliche, soziale und finanzielle Ressourcen (vgl. Zeiher 1990).

Anders dagegen ergeht es Jugendlichen, die weder über hinreichende Erfahrungen noch über entsprechende Ressourcen in ihrer Herkunftsfamilie verfügen, um ihren Handlungsraum über die Wohnung hinaus selbständig, kreativ und flexibel zu erweitern. Die Eltern zeigen wenig Verständnis für die Situation ihrer Kinder, sie vermögen es nicht oder sehen keine Notwendigkeit, Verhaltensformen zu entwickeln, mit denen ihre Kinder in der Lage wären, Kontakte im Wohngebiet oder an anderen Orten aufzubauen. Wenn die Heranwachsenden eher auf den Binnenbereich der Familie verwiesen sind, dann werden sie auch kaum Erfahrungen mit dem gezielten Aufbau von Kontakten über größeren Entfernungen hinweg machen. Unter solchen Voraussetzungen kann es zur sozialen Isolierung kommen.

Wie gehen Jugendliche mit öffentlichen Räumen in der Stadt um?

Vor dem Hintergrund der Überlegungen zur "Verinselung" der sozialen Räume ist es nun interessant zu wissen, wie Jugendliche öffentliche Räume wahrnehmen, wie sie sich in ihnen bewegen und wie sie sie möglicherweise gestalten?

Leider gibt es kaum empirisch fundierte Untersuchungen zum Umgang mit sozialen Räumen in Deutschland. Allzu vorschnell und generalisierend wird auf einen "Verfall des Öffentlichen" (Senett 1977) oder auf die Verdrängung von Jugendlichen aus öffentlichen Räumen hingewiesen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß es einen gewissen Trend zur Schwächung und Institutionalisierung des urbanen öffentlichen Lebens gibt. Fernsehen, Video und Computerspiele holen die Jugendlichen von der Straße in die Wohnung. Es gibt aber auch neue Formen von Öffentlichkeit, die Jugendliche versuchen herzustellen. Dabei geht es nicht in erster Linie um "freie" Plätze oder Straßen, auf denen sie agieren oder Austausch suchen. Man findet sie genauso in rückwärtigen Freiräumen. Das können Höfe, Cafes und Läden genauso sein wie Einkaufszentren, Kaufhäuser, Sport- und Vergnügungszentren, aber auch Mac-Donalds Restaurants und sogar öffentliche Verkehrsmittel.

Zweifellos werden Jugendliche aus öffentlichen Räumen verdrängt, aber eben nicht nur. Wenn sie sich in der Stadt bewegen, realisieren sie verschiedene Funktionen von Öffentlichkeit. Auf einige will ich im folgenden eingehen:

- Inszenierung von spektakulären Ereignissen und Stilen, um im Rampenlicht zu stehen (on-stage),
- Suche nach Freiräumen und Zuflucht, um sich sozialer Kontrolle zu entziehen (backstage),
- Interaktionsräume herzustellen, um sich zu treffen, gesehen zu werden, Abwechslung zu finden und
- Interaktionsräume zu etablieren, um Konflikte auszutragen und um Kontrolle über Räume zu erhalten.

Wenn sich Jugendliche in der Stadt bewegen und öffentlichen Räume besetzen, geschieht das mitunter in auffälliger und lauter Weise. Öffentlichkeit erweist sich als eine Bühne für Austausch und die Inszenierung von Jugendstilen (on-stage)

Ein nicht ganz unwesentlicher Aspekt bei der Nutzung öffentlicher Räume ist, daß die Bedürfnisse Jugendlicher mit den Interessen anderer Gruppen kollidieren. Im Unterschied zu Erwachsenen haben Jugendliche wenig bzw. keinen Zugang zu geschützten Räumen.

Erwachsene können sich in verschiedene, mit ihrer Wohnung oder ihrer Arbeit verbundenen Orte zurückziehen. Das ist für Jugendlichen nicht möglich. Deshalb nutzen sie Räume, die Erwachsene nicht oder nicht so stark frequentieren. Das sind meist Hinterhöfe, Keller, Hauseingänge, Parkplätze, Flächen, die als nicht nutzbar gelten. Sie agieren dabei gewissermaßen "hinter den Kulissen" (backstage). So gesehen werden freie Räume als Rückzugsorte genutzt.

Öffentliche Räume dienen auch als Interaktionsräume. Man trifft sich an bestimmten Orten, um gesehen zu werden, weil dort was los ist und weil man womöglich andere treffen kann.

Eine andere Art der Indienstnahme ist das Okkupieren oder Markieren von öffentlichen Räumen. Das geschieht in der Regel auf symbolische Weise und wird durch die Präsentation von Lebensstilen aber auch durch Graffiti unterstützt. Nicht selten kommt es dabei zu Konflikten, zwischen Jugendlichen, die "ihr" Gebiet gegen vermeintliche Eindringlinge verteidigen (Lyman/ Scott 1967).

Das Agieren von Jugendlichen im öffentlichen Raum läßt sich nicht auf eine Funktion reduzieren. In der Regel gibt es einen Austausch zwischen dem öffentlichen Inszenieren von Stilen, Aktivitäten und Rückzugsbestrebungen. In ähnlicher Weise verhält es sich mit dem Verhältnis von Interaktionen und Konflikten. Welche Variationen sich konkret herausbilden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. In einer Untersuchung, die wir in Jugendgruppen im Stadtbezirk Marzahn (Kühne/ Matuschek 1995) durchgeführt haben, zeigten sich Unterschiede im Umgang mit öffentlichen Orten nach dem Geschlecht, der sozialen Herkunft und dem Bildungsstatus. Mit den Ergebnissen der Studie haben wir drei verschiedene Typen herausgefunden.

Der erste Typ läßt sich als *zurückgezogen und häuslich orientiert* beschreiben.

In dieser Gruppe dominieren eindeutig die Mädchen. Halten sich Jungen eher zu Hause auf, so nutzen sie vorwiegend Computer- und Medien. Beziehungen in der Nachbarschaft spielen für häuslich orientierte Jugendliche keine Rolle. Kontakte haben sie zu einigen wenigen festen Freundinnen oder Freunden. Wenn sie die Wohnung verlassen, geschieht das meist in Begleitung einer Freundin/ eines Freundes oder der Eltern, um einzukaufen oder durch Ladenpassagen zu flanieren. Die Jugendlichen sind zurückhaltend bis vorsichtig in der Nutzung öffentlicher Plätze. Kaufhäuser und Einkaufszentren werden von ihnen häufiger frequentiert. Diese Orte fungieren als Freizone, in der man ungestört mit Freunden zusammen sein und gleichzeitig andere Leute beobachten kann. Besonders Mädchen gaben an, daß das Kaufhaus für sie ein sicherer Ort als die Straße ist.

Jugendliche, die sich zurückgezogen und zu Hause aufhalten, besuchen überwiegend eine Realschule und haben Eltern, die als kleine Angestellte oder Arbeiter beschäftigt sind.

Ein zweiter Typ beschreibt die/ den *individualisierten Jugendliche(n)*. Heranwachsende, die diesem Muster entsprechen, erfahren eine hohe Unterstützung durch ihre Eltern. Sie sind vergleichsweise stark bildungsorientiert, streben das Abitur an und besuchen entweder die Gesamtschule oder das Gymnasium. Freundschaften erschließen sich individualisierte Jugendliche in erster Linie in der Schule. Nachbarschaft bzw. lokale Öffentlichkeit hat für sie kaum eine Bedeutung. Wichtiger sind für sie organisierte und nicht organisierte Aktivitäten an anderen Orten, zum Beispiel in Sportvereinen, in der Musikschule oder in einer Band. Individualisierte Jugendliche vermögen zielgerichtet und kreativ mit Aktivitäten umzugehen, die sie an verschiedenen und weit voneinander liegenden Orten realisieren.

Der Typ der/ des *Peer-orientierten Jugendlichen* bildet ein drittes Muster. In diesem Fall verbringen die Jugendlichen den größten Teil ihrer freien Zeit mit Freunden in der Nachbarschaft oder in der lokalen Öffentlichkeit. Phasen des Rummhängens wechseln sich bei ihnen mit der Suche nach Spannung und Action ab. Mitunter suchen sie Warenhäuser und Einkaufspassagen auf. Hier können sie sowohl in der Anonymität untertauchen als auch Aktionen in einer gewissen Öffentlichkeit inszenieren. Dazu gehören Streiche wie auch kleinere Diebstähle.

In der Nachbarschaft agieren die Jugendlichen nach dem Prinzip der Territorialität. Der soziale Raum wird gegenüber anderen bzw. als fremd wahrgenommenen Jugendlichen verteidigt. Eine solche Situation kann mitunter zu Konflikten und Eskalationen führen.

Peer-orientierte Jugendliche sind vorwiegend männlichen Geschlechts und haben einen eher niedrigen Bildungsstatus und stammen mehrheitlich aus Arbeiterfamilien.

Das Politische in den Handlungsräumen Jugendlicher

Wenn über Politik und Jugend diskutiert wird, so ist damit in aller Regel das Verhältnis zu den institutionalisierten Formen der Politik gemeint. Für die Lebenswelt Heranwachsender hat dieser Bereich allerdings kaum eine Bedeutung. Politik sehr weit entfernt von ihrer Lebenssituation. Dennoch läßt sich nicht bestreiten, daß Jugendliche so etwas wie eine affektuelle Zuneigung oder Abneigung gegenüber institutionalisierten Formen der Politik entwickeln. Bei Politikern und Parteien fällt sie mit Abstand am negativsten und beim Wert der Demokratie und beim Bundesverfassungsgericht am positivsten aus. Im Hinblick darauf unterscheiden sich Jugendliche nicht grundsätzlich, sondern nur graduell von anderen Generationen.

Sehr viel bedeutsamer sind für Jugendliche politische Vorstellungen, die in ihre Alltagspraxis eingewoben sind und eine Handlungsrelevanz erhalten. Es bietet sich deshalb an, von alltagspolitischen Orientierungen zu sprechen. Politik spielt eine Rolle bei der Stilisierung von kulturellen Ausdrucksformen. Politische Vorstellungen steuern soziale Distinktionen, sie sind maßgebend für Identitätsbildungsprozesse und ermöglichen soziale Ein- und Ausgrenzungen in Handlungsräumen. Man spricht deshalb auch von der Politik der Lebensstile. In unserer Untersuchung (vgl. Kühnel/ Matuschek 1995) konnten wir feststellen, daß soziale Räume politisch konnotiert werden, um die Kontrolle über Prozesse herstellen zu können, die in einem bestimmten Gebiet ablaufen. Dabei greifen die Jugendlichen auf Themen zurück, die auch in der (Medien-) Öffentlichkeit eine Konjunktur erleben. Beispielsweise bildeten die öffentlichen Auseinandersetzungen um Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und die damit im Zusammenhang stehenden Zuschreibungsprozesse einen Kristallisationspunkt für Konflikte. Wer in Marzahn lebt, macht sich als "Rechter" verdächtig, und wird, wie es uns gegenüber Jugendliche versicherten, bestimmte Stadtteile meiden. Dazu gehört schließlich auch der Prenzlauer Berg. Denn wer hier wohnt gilt als "Linker".

Neben diesen "binären" Codes trifft man ohne Zweifel auf sehr viel differenziertere Formen der politischen (Selbst-) Stilisierung. Auch sie werden im öffentlichen Raum inszeniert und sind nicht denkbar ohne die Wirkung der Kultur- und Freizeitindustrie. Ein Beispiel dafür ist der Boykott von Produkten in Teilen der Technoszene, die mit umweltschädlichen Technologien hergestellt und aus Ländern der dritten Welt eingeführt werden.

Folgerungen für die Stadtpolitik

- Schaffung multifunktionaler Räume, um dem Bedürfnis nach Lokalität, Flexibilität und Interessenvielfalt zu entsprechen

Bei der Gestaltung von Räumen kommt es darauf an, dem Gesichtspunkt der Multifunktionalität Rechnung zu tragen. Wenig sinnvoll scheint mir die Forderung nach Freiräumen schlechthin. Jugendliche suchen vor allem heterogene Handlungsräume, die ihnen Abwechslung und Anregung verschaffen. Solche Räume sollten Gelegenheiten für Rückzug als auch für "on-stage" - Aktivitäten bieten. Da sich die Interessen von Jugendlichen im Schul- und Ausbildungsalter rasch verändern können, wird es wichtig sein, die Veränderbarkeit und Variabilität der räumlichen Arrangements zu beachten. So empfehlen sich beispielsweise eher kleine und den sich rasch wandelnden Bedürfnissen angemessene als unflexible große Freizeitzentren.

- Berücksichtigung offener und nicht definierter Räume

Wenn sich die Orientierung Jugendlicher im Hinblick auf Multifunktionalität von anderen Altersgruppen nicht grundsätzlich unterscheidet, so differiert doch ihr Bedürfnis nach offenen, nicht definierten Räumen. Sie eignen sich ihre Umwelt explorierend an. In einer Büro- und Geschäftswelt dafür Räume zu finden, wird für Jugendliche kaum möglich sein. Deshalb haben sie oftmals keine andere Wahl, auf Plätze im Freien auszuweichen.

- Wie Jugendliche mit öffentlichen Räumen umgehen, hat etwas mit ihrer Wohn- und sozialen Situation zu tun. Deshalb muß Stadtpolitik bei der Gestaltung öffentlicher Räume wohnungs- und familienpolitische Gesichtspunkte berücksichtigen.

Die Art und Weise, wie sich Jugendliche Räume aneignen, hängt in hohem Maße von Wohnungssituation und der sozialen Situation ihrer Familie ab. Es ist absehbar, daß sich der Umbau innerstädtischer Gebiete besonders nachhaltig auf Familien mit größeren Haushalten und auf ausländische Familien auswirken wird. Sie haben vergleichsweise geringe Chancen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Davon zu profitieren vermögen eher die jungen aufstiegsorientierten und gut ausgebildeten Postadoleszenten der neuen Dienstleistungsklasse. Sie entsprechen in hohem Maße den Vorstellungen des flexiblen, individualisierten unternehmensorientierten jungen Menschen, der in effizienter Weise mit Beruf und Freizeit umgeht.

- Einbeziehung der Schulen in die Gestaltung des öffentlichen Raums

Die Schule ist ein wichtiger Bezugspunkt für die Lebensorganisation Heranwachsender. Deshalb müssen ebenso die Schulen in die Gestaltung von Öffentlichkeit einbezogen werden. Schulen sollten sich den Bedürfnissen Jugendlicher auch jenseits des bürokratisch verregelten Unterrichtsbetriebs öffnen. Dazu bedarf es nicht nur der Zusammenarbeit von Jugendlichen, Eltern und Lehrern, sondern auch einer Öffnung gegenüber und einer Zusammenarbeit mit den Freizeit- und Jugendeinrichtungen im Stadtteil.

- Einbeziehung von Jugendlichen in die Stadtplanung

Die Formen der politischen Beteiligung sollten sich in hohem Maße an der Lebenswelt von Jugendlichen orientieren. Dabei wird man notwendigerweise mit Konflikten zwischen den Interessen Jugendlicher und dem verfahrensmäßig und rechtlich ablaufenden Entscheidungsprozeß in den politischen Gremien und Verwaltungen rechnen müssen.

Einerseits sollten die Gremien auf gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene verpflichtet werden, Interessengruppen von Jugendliche bei Planungsentscheidungen einzubeziehen und

ihnen die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen zu entwickeln. Immerhin gibt es eine Reihe von subinstitutionellen Beteiligungsformen (beispielsweise im Rahmen des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes), die auf bezirklicher und Stadtteilbene mit Erfolg praktiziert werden.

Andererseits sollten Jugendliche in den Stadtteilen ihre Bedürfnisse bei der Planung und Umsetzung von ganz konkreten, sie betreffenden Projekten (Freizeiteinrichtungen, Sportoder Freiflächen) realisieren können.

Literatur:

Kühnel, W./ Matuschek, I. (1995): Gruppenprozesse und Devianz, Weinheim und München: Juventa

Lyman, S./ Scott, M. (1967): Territoriality - A neglected Sociological Dimension. In: Social Problems, 15, 1, S. 34-56

Sennett, R. (1977). The Fall of Public Man, Cambridge: Cambridge University Press

Zeihner, H. (1990): Organisation des Lebensraums bei Großstadtkindern - Einheitlichkeit oder Verinselung. In: L. Bertels/U. Herlyn (Hrsg.): Lebenslauf und Raumerfahrung, Opiaden: Leske und Budrich, S. 35-57

Zeihner, H. (1994): Kindheitsräume. Zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit. In: U. Beck/E. Beck-Gemshelm (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 353-375

Statt Stadtjugend Stadtbürger? Die Verdrängung Jugendlicher aus öffentlichen Räumen

Von Walther Jahn, Politologe und Stadtforscher, Berlin

„Der Frankfurter Psychologe Alexander Mitscherlich hat vor einigen Jahren in seinem inzwischen berühmt gewordenen Buch 'die Unwirtlichkeit unserer Städte' beschworen. Das Erscheinen dieses Buches fiel in die Zeit jener ungeplanten Strukturveränderung der Nachkriegsstädte, die ihren Bewohnern ein wachsendes Gefühl der Entfremdung und Unbehaglichkeit vermittelten. Ich bin der Auffassung, daß diese Epoche der Stadtgeschichte ihrem Ende entgegengeht. Wie der menschenfeindliche Funktionalismus in der Nachfolge der Bauhaus-Architektur inzwischen überwunden wird, so auch jene Vorstellung der Stadt als bloßes Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum, die die Nachkriegszeit beherrschte. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, daß die Stadt mehr ist als eine Ansammlung von Menschen, Gebäuden und Verkehrswegen. Die Stadt ist eine weltgeschichtliche Idee.“ (zitiert nach Prigge, 1991:93)

Dieses Zitat aus dem Jahre 1979 stammt selbstverständlich nicht von mir, sondern vom damaligen Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann - und es spiegelt auch nicht meine Meinung wieder. Ich habe es dennoch an den Anfang gestellt, weil mein Thema - 'die Verdrängung Jugendlicher aus öffentlichen Räumen' - über den Begriff 'öffentlicher Raum' ganz wesentlich mit dieser 'weltgeschichtlichen Idee' zu tun hat. Es steht auch dort, weil es meines erachtens ebenso gut aus der Diskussion um das Planwerk Innenstadt stammen könnte. Den Verweis auf Frankfurt, das als „fortgeschrittenster Beobachtungsposten“ (Adorno) in Sachen städtischer Transformation in Deutschland gelten kann, habe ich mir auch deshalb erlaubt, weil man sich dort sowohl den Fortgang der 'weltgeschichtlichen Idee' angucken kann, als auch in dem vom Institut für Sozialforschung erarbeiteten Sozialbericht nachlesen kann, was diese Idee für die Bevölkerung bedeutet.

Das Stadtforum vertritt den Anspruch, - so ist den offiziellen Verlautbarungen zu entnehmen - einen Beitrag zum Stadtdiskurs von Stadtbürgern in einer Stadtgesellschaft zu leisten. Instrument und Medium dieses Diskurses in Berlin soll u.a. das Planwerk Innenstadt sein. Dieses Planwerk ist - wie Herr Strieder hervorgehoben hat - kein abstrakter Plan, sondern Bestandteil von 'Gesellschaftspolitik'. Es soll damit sowohl Bestandteil, als auch Fixierpunkt des Wandels von der 'modernen' Großstadt zur Metropole sein. Dieser Wandel - das meint 'gesellschaftspolitisch' - bezieht sich nicht nur auf die baulich-räumliche Gestalt der Stadt, ist also nicht primär als ästhetisches Problem zu verstehen, sondern, ist eingebettet in einen komplexen Übergang der ökonomischen Basis der Stadt (beschrieben als der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt), des politisch-administrativen Systems (von Stadtpolitik und Leistungsverwaltung zu Stadtmanagement) und der sozial-räumlichen Struktur der Städte (vom homogenen Stadtraum zur lokalen Differenz).

Zentrale Bedeutung, so wird unterstellt, kommt dabei der Konkurrenzfähigkeit der Stadt im internationalen Wettbewerb der Städte zu. Die Neuausrichtung städtischer Politik bedeutet hierbei den Übergang zur unternehmerischen Stadt und meint den als notwendigen erachteten Auf- bzw. Ausbau städtischer Wettbewerbsfähigkeit mittels einer aktiven, angebotsorientierten Politik.

Der damit verbundene Umbau des lokalen Sozialstaates mit dem Ziel, Standortvorteile zu schaffen, erschöpft sich allzu oft in der Minderung bestimmter konsumptiven Leistungen. Ich zitiere Sambale/Veith vom Forschungsprojekt Metropolisierung und Obdachlosigkeit in Berlin:

„Das Mißverständnis der kommunalen Akteure, Leistungskürzungen für die Meistbedürftigen und Zuwendungen für Investoren und 'Stadtbürger' als antizyklische Investition für den kommenden konjunkturellen Boom zu begreifen, treibt die Metropolen durch Neuverschuldungen in die Zinsquotenfalle und wird weiterhin zuverlässig Marginalisierung produzieren.“ (Sambale/Veith 1997)

Der Wandel der ökonomischen Basis und der auf sie bezogenen Politikmuster und Institutionen geht somit in den Metropolen mit sozialen Polarisierungs- und räumlichen Umschichtungsprozessen einher - und zwar unabhängig vom Erfolg der jeweiligen Städte im beschworenen Wettbewerb.

Die zunehmende Abschiednahme vom Wohlfahrtsstaat auf kommunaler und nationaler Ebene führt unter diesen Bedingungen zu immer stärkerer Ausgrenzung: Immer weniger soziale Gruppen haben die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft (politische Partizipation, Zugangsmöglichkeiten zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu Bildung, Öffentlichkeit etc). Gleichzeitig wirken diese Ausgrenzungsprozesse immer stärker disziplinierend - nach 'innen' wie nach 'außen'. Während der Zugang zu den gesellschaftlichen Kernbereichen für viele immer schwieriger und voraussetzungsreicher wird, werden jene, die es nicht schaffen können oder schaffen wollen als gefährliches und bedrohliches Kollektiv präsentiert. Die Spaltung der Gesellschaft wird somit nicht mehr primär unter der Perspektive von sozialer Gerechtigkeit thematisiert, sondern als Problem der öffentlichen Sicherheit und der Standortimagepflege behandelt. Damit werden Sicherheit und soziale Kontrolle zum zentralen Element kommunaler und nationaler Politik.

Zum Zerrbild und Brennspeigel zugleich wird dabei die 'amerikanische Stadt'. Die Vielgestaltigkeit und Mehrdeutigkeit des Amerikabildes erlaubt es, ganz unterschiedliche und sich widersprechende Stereotype miteinander zu verbinden und als Projektionsfolie für deutsche Verhältnisse zu benutzen.

Ein Beispiel aus Frankfurt: (Zitat) „Was sich am Horizont andeutet (...), ist die Großstadt als Kampfterrain, als melting pot im amerikanischen Sinne: darwinistisch, brutal, ethnisch zerrissen, ehrlich, aussichtslos, und ohne Hoffnung auf Lösung ihrer Probleme. (...) Das wird unsere Großstädte, unsere ganze Kultur verändern: Mehr Musik und Tanz, aber auch unweigerlich mehr Härte. Es ist diese Botschaft, die unsere Frankfurt Street-Kids verstanden haben: beim sozialen Aufstieg hilft Dir kein Sozialarbeiter, nutzt kein Jugendhaus, kein Labem mit dem freundlichen Freizeit-Betreuer.“ (zitiert nach Ronneberger 1997: 10)

Während Matthias Horx - von dem dieses Zitat stammt (Horx 1990) - hier den kosmopolitisch-marktorientierten Typus Metropole vorstellt, der auf Markt, Deregulierung und Konkurrenz setzt und dabei - nicht ohne Komik - ein dramatisiertes Bild von Urbanität zeichnet, klingt zwischen den Zeilen schon jener agora-phobe Typus durch, der sich mit dem ersterem in den neunziger Jahren überlagert.

In ersterem Falle gerät 'öffentlicher Raum' zum ideologischen Begriff. Als Schlagwort aus dem Urbanitätsdiskurs der achtziger Jahre, theoretisch eingeordnet irgendwo zwischen Sitte, Simmel und Sennett und mit Blick auf die von Wallmann angesprochene 'weltgeschichtliche Idee', wird öffentlicher Raum als eine Art Behälter oder Arena dargestellt, in der Zivilität und Kreativität durch Auseinandersetzung mit dem Anderen, dem Fremden entsteht." Der Langeweile funktionsgetrennter, moderner Städte wird das pulsierende Leben, die

unterschiedlichen Lebensstile, die Differenz entgegengestellt. Das es für den Einzelnen dabei nicht immer lustig zugeht, ist insofern kein Problem, als das 'Soziale' in diesem Konzept keinen bevorzugten Status mehr genießt (auch nicht in der autoritär verordneten Form, wie es in der modernen Stadt der Fall war). Ein solcher Urbanitätsbegriff bezieht 'das Soziale' nur noch in die Gestaltung des städtischen Raumes ein - als Korrektiv seiner nicht sozialen Momente.

Ein ideologischer Begriff ist er deshalb, weil er einerseits die Machtverhältnissen, die in den öffentlichen Raum eingeschrieben sind und dort auch ständig neu erzeugt werden, nicht thematisiert (ein Problem auf das beispielsweise feministische Planerinnen und Theoretikerinnen seit langem hinweisen"). Andererseits, weil die Betonung der öffentlichen Räume als Orte des 'moving chaos', des Austausches, der Begegnung mit dem Fremden, der unterschiedlichen Lebensstile usw., den Kitt abliefern, mit dem Differenz und Heterogenität ohne Anspruch auf soziale Gerechtigkeit positiv umgewertet werden.

Während das Haus Strieder (also SenStadtUmTech) und mit ihm das Planwerk eher dem Urbanitätsdiskurs anhängt, den Stadtbürger und die Qualität der öffentlichen Räume in den Vordergrund rückt", hängt man im Hause Schönbohm eher dem Sicherheitsdiskurs nach. Die Klammer zwischen diesen beiden Diskursen bildet die Diskussion um den 'Standort Berlin'.

So gibt es denn in Sachen Sicherheitspolitik innerhalb der 'Großen Koalition' auch keinen Dissens „Es gibt eine große Nähe zu Schönbohm", erklärt SPD Fraktionssprecher Peter Stadtmüller. „Eine harte Linie ist in unserem Sinne. Wir unterscheiden uns in der Sicherheitspolitik fast nicht von der CDU, und das schadet der SPD nicht. Auch wir sind für eine lebens- und liebenswerte Stadt." (zitiert nach Berliner Zeitung vom 26.09.1996). Deutlich wird dies auch in den über die Schlüsselworte Hauptstadtfähigkeit", nationale Identität", Wettbewerbsfähigkeit"" u._. hergestellten Sauberkeits- und Sicherheitsdiskursen. Entsprechend liegen die in den 'Leitlinien der Senatspolitik' unter der Überschrift 'Prinzipien für politisches Handeln' beschriebenen Schwerpunkte des Senats nicht mehr nur in den klassischen Hauptfeldern Entwicklung des Wirtschaftsstandortes einerseits und Sicherung der sozialen Integration andererseits. Hinzu gesellt sich nun die „Gewährleistung der inneren Sicherheit" (Senatskanzlei 1996).

Zum zentralen Ansatzpunkt wird der Begriff 'Sicherheit', dessen Gehalt sich völlig verselbständigt hat. Dabei hat so Volker Eick „das immer wieder bemühte subjektive Sicherheitsgefühl jedweden Zusammenhang zu tatsächlicher Bedrohung oder gar Opfererfahrung, ja selbst zur Kriminalstatistik der Polizei (PKS) verloren." (Eick 1997, zu Sicherheitsdiensten vgl. auch Eick 1995a, 1995b) In die selbe Richtung argumentiert auch der Kriminalsoziologe Fritz Sack, der von einer „systematischen Diskrepanz zwischen Tatverdächtigen und Verurteilten" spricht. Insbesondere Ausländer geraten schneller unter Tatverdacht. Dabei „gehen 90-95% der registrierten Straftaten auf Anzeigen aus der Bevölkerung zurück, nicht auf Beobachtungen der Polizei." (Berliner Zeitung vom 25.07.1997).

Zitat Klaus Ronneberger: „So werden etwa mit Begriffen wie 'Ausländerkriminalität', 'Jugendgangs' oder "asoziale Randgruppen" Bedrohungsszenarien entworfen, in denen unter anderem auch die Erlebnisqualität der Innenstädte gefährdet erscheint. Bezeichnenderweise haben sich in allen deutschen Großstädten Allianzen aus Geschäftsleuten (...) gebildet, um Verbotszonen für bestimmte Gruppen und normative Vorstellungen zur sozialen Reglementierung städtischer Räume durchzusetzen." (Ronneberger 1997: 11) Gleichzeitig wird 'Sicherheit' zur Wachstumsbranche und entsprechend zum Geschäft. Allein in Berlin

konkurrieren 330 private Sicherheitsdienste mit ca. 15.000 Beschäftigten um Aufträge (vgl. Eick 1997).

In diesem Zusammenhang werden dann auch die Aneignungsformen und Ansprüche von Jugendlichen an den städtischen Raum thematisiert. Wenn in der politischen oder Medienöffentlichkeit von Jugendlichen die Rede ist, dann geht es meist um zunehmende Kriminalität, Werte verfall, Drogen, Gewalt oder sogenannte Straßenkinder¹¹. Aus einer solchen Perspektive geht es dann um Integration, Identitätsstiftung (was immer das auch sein mag) und Wiederherstellung von Werten.

Wo Jugendliche sich städtischen Raum aneignen oder im öffentlichen Raum agieren wollen, sind sie mit diesen Diskursen, wie auch dem konkretem Umbau der Innenstädte konfrontiert. Dabei durchzieht die zunehmende Spaltung der Gesellschaft selbstverständlich auch die Jugend. Wer sich den Konsum in den neuen urbanen Zentren leisten kann, ist gern gesehener Gast. Auch wer etwas einzubringen hat, daß zwar zunächst wie 'abweichendes', 'unverständliches' Verhalten aussieht, sich aber auf diese Diskurse beziehen läßt, wird toleriert, sogar unterstützt. Stadtimage fördernde Inszenierungen, wie die Love-Parade, die, wie schnell ausgerechnet war, auch noch 20 Mio. in die Kassen der Stadt spülen, sind in diesem Zusammenhang kein Problem.

Schlechte Karte haben hingegen jene, die das neue Bild der Innenstädte stören, oder andere Vorstellung von deren Nutzung haben oder haben müssen. Für Punks, Drogenabhängige, Bettler und andere, die die urbanen Konsumwelt stören könnten, ist hier kein Platz. Wo Hausrecht gilt, wie etwa in den Bahnhöfen der DB¹² oder in Passagen, sorgen die privaten Sicherheitsdienste dafür, das nicht konsumfähige oder willige Jugendliche oder solche die vom outfit nicht recht passen, verdrängt werden. Im öffentlichen Raum werden zusätzlich zur Präsenz von privaten Sicherheitsdiensten und Polizei in den per ASOG eingerichteten sogenannten 'gefährlichen Orten¹³' regelmäßig polizeiliche Razzien durchgeführt, deren stigmatisierende Praxis insbesondere zur Vertreibung von jugendlichen Migranten führt. Wo alles nichts hilft, verkauft die Stadt, wie am Los Angeles Platz geschehen, einfach den öffentlichen Raum. Hier ist dann - vom hauseigenen Sicherheitsdienst überwacht - Essen, Trinken, Ballspielen oder der Aufenthalt nach Einbruch der Dunkelheit verboten.

Nicht notwendig ist eine solche Praxis an jenen Orten, wo eine eindeutige Nutzung und eine eindeutige Nutzergruppe durch das 'urban design' in den Stadtraum eingeschrieben sind, wie etwa in der Friedrichstraße oder den Mails, die als neuartige hybride 'halb-öffentliche' Räume 'Shopping', Kulturkonsum und Spektakel in einer künstlichen, von der Außenwelt abgeschirmten Umwelt verbinden (vgl. spaceLab 1997).

Aber auch in den von Jugendlichen erkämpften Orten bläst nun der neuen Hauptstadtwind durch die Straßen. Für Wagenburgen oder besetzte Häuser, ist in der Hauptstadt kein Platz, für Jugendprojekte unterschiedlichster Provenienz immer weniger Geld vorhanden. Wie Stadt nach Meinung der unterschiedlichen Jugendlichen aussehen könnte, wird so nicht nur nicht abgefragt, sondern wo artikuliert, im wesentlichen negiert.

Wenig erstaunlich ist aus dieser Perspektive, daß Jugendliche den Eindruck gewinnen, an der Gestaltung dessen, was Stadt oder Gesellschaft ist oder sein könnte, nicht recht beteiligt zu sein. Die Shell Jugendstudie stellt jedenfalls fest, daß „fast alle Jugendlichen das Verhältnis der Generationen zueinander entweder als Machtverhältnis ('die Erwachsenen lassen uns nicht mitreden, teilhaben') oder als Vernachlässigungsverhältnis ('in der Politik spielen die Probleme der Jugendlichen keine Rolle')" ansprechen (Fischer/ Münchmeier 1997: 17).

Parallel dazu wird die Rolle Jugendlicher im Kontext der wahrgenommenen gesellschaftlichen Spaltung insgesamt prekärer. Nicht nur, daß sie die Kontrolle über das 'Was und Wie?' ihrer Zukunft nicht haben. Ihre Lebenslage und gesellschaftliche Position als Jugendliche, steht zunehmend im Widerspruch „zu der symbolischen Sinnstruktur der Jugendphase. Letztere appelliert daran, daß der Jugend die Zukunft gehöre, sofern sie sich anstrengt und ihre Chancen ergreift und daß die Gesellschaft nur dann eine Zukunft hat, wenn sie ihrer Jugend Zukunft sichert. Erstere dagegen birgt eine Fülle von Erfahrungen, daß eben diese Chancen und Zukunft fragwürdig und ungewiß geworden sind." (Fischer/ Münchmeier 1997: 18) Der Hinweis eines 52 jährigen Politikers an die Hellersdorfer Jugend, der selbst seit 27 Jahren ein politisches Mandat ausübt (in diesem Fall Kanzleramtsminister Bohl) die Jugend möge Eigeninitiative und Flexibilität zeigen, klingt in diesem Zusammenhang nur noch zynisch (vgl. Berliner Zeitung vom 16.06.1997).

In der Jugendsoziologie, und damit komme ich zum Ende, gab es in den frühen achtziger Jahren einen Methodenstreit, der auch zu einer Umorientierung der Shell Jugendstudie rührte. Zur Diskussion stand die Frage, ob nicht eine Studie die von gesellschaftlichen Norm- und Verhaltenserwartungen ausgeht und daran das konkrete Verhalten mißt, lediglich als eine Integrationsbilanzstudien zu bezeichnen sei. Das Risiko von so angefertigten Studien, „liegt nicht nur darin, daß sie keinen Zugang zu den authentischen Sichtweisen Jugendlicher gewinnen und dem Erwachsenenblick verhaftet bleiben. Sie sind in der Regel auch gezwungen, vorab -.....- festzulegen und zu definieren, wie das jeweilige Thema in Hinsicht auf die Jugend zu operationalisieren sei und welche Bedeutung es für die Jugendlichen hat oder haben müsse. Damit aber wird ein großer Teil der möglichen Ergebnisse bereits durch die Vorabdefinition entschieden." (Fischer/ Münchmeier: 12)

Diesen Methodenstreit der Jugendsoziologie in die politische und planerische Praxis zu tragen, also die Bedürfnisse und Wünsche von Jugendlichen an und die Aneignungsformen von städtischem Raum emstzunehmen, ohne durch Vorabdefinition zu klären, was den städtischer Raum sei oder sein könne und wie er anzueignen sei, ist mit Sicherheit nicht der Weisheit letzter Schluß. Es wäre aber - auch in Hinblick auf das Planwerk Innenstadt - ein Anfang.

Literaturhinweise:

Berliner Zeitung vom 26.09.1996: "Berlin gehört sich nicht selbst." Wie Innensenator Jörg Schönbohm mit Sprüchen und schnellen Aktionen die Hauptstadt herausputzen will.

Berliner Zeitung vom 27.09.1996: Heftiger Streit über das Bild der Hauptstadt

Berliner Zeitung vom 16.06.1997: 'Staat kann nicht jedem einen Ausbildungsplatz garantieren'. Kanzleramtschef Bohl fordert von Jugend Eigeninitiative.

Berliner Zeitung vom 25.07.1997: Ausländer geraten viel schneller unter Verdacht. Interview mit dem Kriminalsoziologen Fritz Sack

Drucksache 13/547 des Abgeordnetenhauses von Berlin: Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Bericht zur Rettung des Berliner Stadtbildes von SPD und CDU (4.6.1996 - Landowski, Hapel/ Böger, Lorenz, Fleisch)

Drucksache 13/1776 des Abgeordnetenhauses von Berlin: Mitteilung - zur Kenntnisnahme - über den Bericht zur Rettung des Berliner Stadtbildes (4.6.1997 - Kähne / Stahmer)

- Eick, Volker, 1995: Berlin wird Hauptstadt - aber sicher, in: Sträter, Frank (Hrsg.): Los Angeles, Berlin. Stadt der Zukunft, Zukunft der Stadt. Stuttgart. S. 129-142
- Eick, Volker, 1995a: Die 'Operative Gruppe City-West'. Polizeiarbeit auf Zuruf des Einzelhandels, in Bürgerrechte & Polizei/ Cilip 51 (2/95). S. 30-35
- Eick, Volker, 1997: Der diskrete Charme privater Sicherheit. Ausgrenzung im Unternehmen Berlin, in MieterEcho Nr. 263, Juli/ August 1997
- Fischer, Artur / Münchmeier, Richard, 1997: Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der 12. Shell Jugendstudie.
- Fräser, Nancy, 1994a: Was ist kritisch an der Kritischen Theorie? Habermas und die Geschlechterfrage, in: Fräser, Nancy: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a. M., S. 173-221
- Fräser, Nancy, 1994b: Sex, Lügen und Öffentlichkeit, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a. M., S. 19-42
- Habermas, Jürgen, 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied
- Habermas, Jürgen, 1990: Vorwort zur Neuauflage 1990, in: Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt a. M. S. 11-50
- Horx, Matthias, 1990: "Journal Frankfurt" (3/90)
- Jogschies, Peter / Permien, Hanna / Zink, Gabriela, 1995: Straßenkinder. Zur Vielschichtigkeit eines sozialen Phänomens, in DJI-Bulletin, Heft 35, November 1995. München, S. 7-11
- Lanz, Stephan, 1996: Demokratische Stadtplanung in der Postmoderne. Oldenburg
- Prigge, Walter, 1991: Zweite Moderne. Modernisierung und städtische Kultur, in: Brauerhoch, Frank-Olaf, 1991: Frankfurt am Main: Stadt, Soziologie und Kultur. Frankfurt a. M. S. 91-105
- Ronneberger, Klaus, 1997: Bronx in Deutschland. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, vorgetragen im Rahmen der Tagung 'Amerikanisierung der Städte?' am Bauhaus Dessau
- Sambale, Jens / Veith, Dominik, 1997: Marginalisierung als hegemoniales Projekt, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Heft 2, Juni 1997
- Seile, Klaus, 1994: Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Dortmund
- Senatskanzlei 1996: Leitlinien zur Senatspolitik.
- www.berlin.de/graphics/politik/landepressedienst/senkan/002-028.html
- Sennett, Richard, 1983: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt a. M
- SpaceLab: Die Restrukturierung der Innenstädte und die Politik der Ausgrenzung: Die Innenstadt als Ort politischer Aktion, in: Analyse & Kritik, Jg. 27, Ausgabe 402, 7.5.1997, S. 33
- Veith, Dominik / Sambale, Jens, 1997: Mythos Öffentlicher Raum, in: Arranca! Heft 12, Sommer 1997

Alle zitierten Protokolle und Vortragstexte der 60. und 63. Stadtforumssitzung finden sich unter:
<http://www.icf.de/SenSUT/stadtforum/>

- ' So der neue Berliner Terminus für die Subjekte der Stadtentwicklungspolitik: Weiße Mittelschichtshaushalte ohne Kinder, die ihre Einkommen in den qualifizierten Dienstleistungssektoren erwirtschaften.
Deutlich wird dies in Statements wie: „Dabei geht es nicht nur um die Erhöhung der Dichte, sondern um einen Wechsel der Strategie, die wieder mehr auf Eigeninitiative setzt, den Mittelstand einbezieht und fördert, Bauherren und Verwaltung als Partner sieht.“ (Stimmann im 60. Stadtforum) und
„Der Anteil der Haushalte, die nicht mehr zur Miete, sondern im Eigentum wohnen wollen und sollen, stark ansteigen. Die ökonomische Krise trifft die derzeit eigentumsfähigen Haushalte kaum. Vor allem aber wird im Rahmen der notwendigen Reformen unseres Sozialsystems das Wohneigentum einen wesentlichen Grundstock der Alterssicherung ausmachen.“ (Strieder im 63. Stadtforum)
- " Etwa bei Sennett: „Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Zivilisiertheit und Urbanität. Zivilisiertheit bedeutet mit den anderen so umzugehen, als seien sie Fremde, und über diese Distanz hinweg eine gesellschaftliche Beziehung zu ihnen aufzunehmen“ (Sennett 1983: 299).
- " siehe etwa die Debatte Habermas 1962,1990; Fräser 1994a, 1994b etc. oder die Veröffentlichung der FoPa
- " „Das Planwerk eigne sich als Medium für diesen gesellschaftspolitischen Diskurs, der Arbeiten, Wohnen und die Qualität des öffentlichen Raumes zusammenführe“ (Strieder zitiert nach dem Protokoll der 63. Stadtforumssitzung)
„Eine wesentliche Aufgabe des Planwerkes ist es also Orte zu entwerfen, wo sich wieder Stadt und Stadtgesellschaft inszenieren kann, wo Architektur möglich ist, wo Überraschungen entstehen, Perspektiven sich verändern, wo räumliche Schichten und Geschichte sich überlagern.“ (Stimman im 60. Stadtforum)
„Eine Miniaturisierung dieses Ensembles, wie sie das "Zoo-Fenster" Hochhaus bewirkt, ist hier ebenso abträglich wie die zunehmende Banalisierung dieses Raumes durch billigtouristische Nutzungsprofile. Diese würden in der Tendenz nur dazu führen, daß der Breitscheidplatz als eine Art Erweiterungsfläche des Bahnhof-Zoo-Millieus enorm an Attraktivität einbüßt. Eher erscheint hier eine Orientierung an der weiträumigen "Piazza del Duomo" in Mailand als Leitbild wünschenswert.“ (Ortner / Neumayer im 60. Stadtforum) usw.
- " "Berlin ist die Hauptstadt aller Deutschen und nicht der Wagenburgen und Hausbesetzer", verteidigte Schönbohm sein Konzept. (...) Die Opposition sei in der Hauptstadt noch nicht angekommen und habe keine Perspektive für Berlin, ereiferte sich der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hans Georg Lorenz. (Berliner Zeitung vom 27.09.1996)
- vi „Die Mitte ist in Zukunft nicht nur Zentrum einer 3,5 Millionen-Einwohner-Stadt, sondern ebenso ein räumlicher, funktionaler und emotionaler Bezugspunkt der Bundesrepublik.“ (Stimmann im 60. Stadtforum) und „Die gemeinsame Herausforderung als Werkstatt der Einheit kommt relativ kurz. Solange wir darüber reden, ob wir Metropole sind, sind wir keine Metropole.“ In der Architektur-Debatte zeige sich, daß die Hauptstadt keine Mitte und damit Deutschland kein Zentrum habe. (Berliner Zeitung vom 26.07.1996)
- "" „Der heutige Zustand des Zentrums ist im Rahmen internationaler Städtekonkurrenz ein Entwicklungshindernis.“ (Albers / Axthelm im 60. Stadtforum)
- "" Jogschies u.a. weisen darauf hin, daß dem Begriff Straßenkinder im wesentlichen symbolische Bedeutung zu kommt. Straßenkinder sind fast ausschließlich Jugendliche. Symbolisch ist er auch, weil er „wie kein anderer (...) das vermeintliche Versagen der Sozialisationsinstanzen, vor allem der Familie, die rauher werdenden Rahmenbedingungen einschließlich des wachsenden Konkurrenzdruckes“ indiziert. „Ermöglicht und verstärkt wird diese Symbolisierung durch die Betonung des Aspektes des Kindlichen im Begriff 'Straßenkind'.“ vgl. Jogschies u.a. 1995
- ix Laut Berliner Zeitung schaffen es die Sicherheitsdienste allein im Bahnhof Zoo 5.800 Hausverbote innerhalb eines Monats (Januar 1997) auszusprechen!
- " "Gefährliche Orte' oder auch 'gefährliche Zonen' werden von der Polizei beim Innensenator beantragt und von jenem ohne legislative Kontrolle gewährt. Innerhalb dieser Zonen sind bestimmte Persönlichkeitsrechte aufgehoben. So können beispielsweise ohne Angabe von

Gründen ED-Behandlungen oder 'Ganzkörpervisitationen' vorgenommen werden, ebenfalls können ohne Angabe von Gründen Platzverweise ausgesprochen werden. 'Gefährlicher Ort' ist beispielsweise der Breitscheidplatz.

Adressen der Referenten des 64. Stadtforums

Nasi Alimardani

Gruppe „Schöneberg für Mädchen“
Hohenstauffenstraße 63 10825 Berlin

Lisa Alberding

Gleditschstraße 37
10781 Berlin

Nadine Jelen

c/o Kinder- und Jugendbüro Marzahn
Glambecker Ring 82 12679 Berlin

Irene Poczka

Schulsprecherin der Sophie-Scholl-Oberschule
Gustav-Müller-Straße 47 10829 Berlin

Özgür Süzem

Alte Feuerwache
Kinder-Jugend-Kulturzentrum
Axel-Springer-Straße 40/41
10969 Berlin-Kreuzberg

Slavica Uzelac

Visolux Elektronik GmbH/IG-Metalljugend
Nachodstraße 20 10779 Berlin

Dr. Wolfgang Kühnel

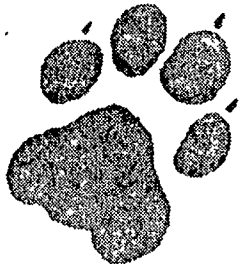
Universität Bielefeld
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Postfach 100131
33501 Bielefeld

Dr. Martina Buhtz

Weeber und Partner
Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Emser Straße 18
10719 Berlin

Walther Jahn

Politologe und Stadtforscher
Panierstraße 29 12047 Berlin



Kodutr.18,10969 Beiln. TdedmiMtrole: 25 902 • 0, Fax:2S18674, Al)o-P[(ll)leme:-117/-239, liil(i>1praric2S13084, ui6fvooiiDii)Ht:-232/-2S7/-2S2, tefc-224, Polilili:-246/-273, So2K]le\$/rrou6n/Wrt\$diofl: -296, SlnclenhriAlung:-129. Ilmwel:-295. Mielm:-208, Kuhur-250

Handverlesene Jugendproblematik

• Das heutige „Stadtforum“ widmet sich erstmals Problemen von Jugendlichen. Politikprofessor Peter Grottian hat die Veranstaltung initiiert, übt jetzt aber Kritik und fürchtet „Entpolitisierung“

Unter dem Motto „Freiheitsraum oder Frustraum?“ soll es bei der morgigen 64. Sitzung des Stadtforums erstmals um Jugendliche und Ansätze einer jugendgerechteren Stadt gehen. Die ursprüngliche Idee dazu kam von Peter Grottian, Professor für Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität (FU), der das für morgen geplante Programm jetzt jedoch kritisiert.

Grottian stellte Ende vergangenen Jahres in der Lenkungsgruppe des Stadtforums, das die Sitzungen vorbereitet und anschließend öffentliche Empfehlungen formuliert, sein Konzept „Jugend in der Glitzer- und Annutsmetropole Berlin“ vor. So sollte es darum gehen,

im Stadtforum die derzeit „völlig schiefe Jugenddebatte“, die sich primär auf Statistik von Lehrstellen, Jugend und Drogen sowie Musikstile beziehe, auf die „konkreten Arbeits-, Lebens- und Überlebensperspektiven“ zuzuspitzen. Grottian forderte „einen jugendpolitischen Angriff“, eine Veranstaltung, in der nicht Experten, sondern die Jugendlichen selbst dominieren. So plante er ein Podium zum Thema „Schule, Arbeit, Ausbildungsplatz“ und die Handlungsspielräume, die Kids dabei haben (könnten). Weiterhin wollte er über den „Verfall der öffentlichen Jugendkultur“ diskutieren und Visionen über eine mögliche Selbstorganisation entwickeln.

Als drittes Forum war eine Diskussion über die „Vertreibung der Jugend aus dem öffentlichen Raum“ geplant.

„Die Lenkungsgruppe war von meinem Ansatz anfänglich überzeugt“, sagt Grottian, „weil Jugend tatsächlich nie ein Thema des Stadtforums war.“ Doch nach weiteren Sitzungen sei die Konzeption in eine „Schiefelage zugunsten der üblichen Struktur des Stadtforums geraten“, bemängelt der Politikprofessor. So sei Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) dagegen gewesen, die Veranstaltung in der Kulturbrauerei stattfinden zu lassen. „Unser Stammpublikum in die Kulturbrauerei zu bringen wäre sehr schwer. Da kann es

Berührungspunkte geben“, begründet Philipp Meuser, der für die inhaltliche Koordination des Stadtforums zuständig ist, die Entscheidung, wie üblich im ehemaligen Staatsratsgebäude zu tagen.

Grottian kritisiert weiter, daß es heute fast ausschließlich um Jugend und deren Verhältnis zum öffentlichen Raum gehe. „Das ist zwar auch wichtig, aber andere Themen wie Lehrstellenmangel stehen einfach im Vordergrund.“ Er befürchtet, daß die Veranstaltung durch den engeren Fokus „entpolitisiert“ werden könnte. Philipp Meuser sieht das anders: „Grottians Konzept war zu breit. Damit hätte man locker drei Stadtforen bestreiten können.“ So ge-

ben morgen mehrere Jugendliche viertelstündliche Statements zu ihrer aktuellen Lebens- und Arbeitssituation ab, am Nachmittag diskutieren Stadt- und Jugendsoziologen über politische Handlungsspielräume und die Verdrängung Jugendlicher aus dem Öffentlichen Raum. Was sich als politische Konsequenz aus dem Stadtforum ergebe, weiß Meuser noch nicht. Jedoch sei in der Lenkungsgruppe darüber diskutiert worden, ob nicht regelmäßig ein Jugendstadtforum eingerichtet werden solle.

Julia

Naumann Die Sitzung des Stadtforums findet heute im ehemaligen Staatsratsgebäude, Schloßplatz 1 in Mitte, von 14 bis 19 Uhr statt.

Die Suche nach dem Freiraum: Jugend beim Stadtforum

BM Von Jola Merten 16. 8.

„Wir wünschen uns eine Stadt mit Freiräumen zum Entspannen, mit Nischen für Kommunikation und zum Alleinsein, überall. Doch in Berlin hat der eine Kiez die Grünanlagen und Parks, ein anderer die Verkaufsstraßen und der nächste die besten Kneipen“, stellt Schülerin Irene Poczka fest. Die Sprecherin der Wilmersdorfer Sophie-Scholl-Oberschule durfte zusammen mit vier weiteren Jugendlichen gestern im Ex-Staatsratsgebäude vom Podium aus über „Stadtjugend – Freiheitsraum oder Frustraum“ diskutieren. Eingeladen zu dieser 64. Sitzung des Stadtfo-

rum, das sich erstmals mit dem Thema Jugend in Berlin beschäftigte, hatte Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Peter Strieder.

Die Jugendlichen kritisierten, daß die Politiker ihre Entscheidungen an ihren Bedürfnissen vorbei fällten. „In Marzahn, wo 55 000 junge Menschen leben, gibt es lediglich zehn Jugendclubs, ein Kino und zwei Schwimmhallen. Wir brauchen mehr alternative Möglichkeiten“, fordert die 16jährige Nadine Jelen aus Marzahn. Sie berichtete, daß Marzahner Jugendliche Keller zu Kinder- und Jugendstätten ausbauten. „Doch bei größeren Entscheidungen wie der Gestal-

tung von Plätzen in Marzahn werden unsere Wünsche nicht beachtet“, klagt sie. Und Irene Poczka äußert die Befürchtung, daß auch dieses Stadtforum „nur eine Alibi-Veranstaltung“ sei, denn die Weichen für das neue Berlin seien längst schon gestellt. Strieders Statement, man solle die Jugendlichen auf den Bezirksebenen einbinden, erzeugte beim kenntnisreichen Publikum – unter den rund 200 Zuhörern waren vor allem Sozialarbeiter und Jugendbetreuer – einigen Unmut: Das geschehe seit Jahren, ohne rechten Erfolg zu zeitigen, beklagten einige.

Slavia Uzelac, Azubi bei Visolux Elektronik, wies noch auf ein wei-

teres Problem der Jugendlichen in Berlin hin – die fehlenden Lehrstellen: „Arbeit bedeutet Integration in die Welt der Erwachsenen, bedeutet Verantwortung, Selbständigkeit und steigert das Selbstwertgefühl. Doch vielen bleibt dies verwehrt.“ 80 Prozent der Azubis in Berlin werden nur über Notprogramme ausgebildet. Deshalb forderte sie die Politiker auf, sich für das Umlagefinanzierungsgesetz stark zu machen, das Betriebe, die nicht ausbilden, zur Kasse bittet.

Von der so oft beklagten Politikverdrossenheit der Jugend war, jedenfalls auf diesem Forum, nichts zu spüren.

Eher Frust als Freiheit im öffentlichen Raum

Auf dem Stadtforum forderten Jugendliche eine stärkere politische Beteiligung

Freiheitstraum oder Frust-raum? Unter diesem Slogan stand gestern die 64. Sitzung des Stadtforums im ehemaligen Staatsratsgebäude, das sich zum erstenmal nur der Jugend und ihrem Verhältnis zum öffentlichen Raum widmete. Für die Jugendlichen, die auf dem Podium saßen, dominierte jedoch eher der Frust als die Freiheit, als sie über „ihre“ Stadt sprachen; die sie nicht als die Ihrige empfanden, weil sie von Erwachsenen geplant und dominiert wird.

Lisa Alberding stellte bei einem Mädchen-Workshop für Stadtentwicklung in Schöneberg fest, daß es in Schöneberg zuwenig Grünflächen und nächtliche Beleuchtung gebe. Bei dem Streifzug durch ih

ren Bezirk sei ihr aufgefallen, daß viel häufiger Jungen als Mädchen die Straße, Sportplätze, Radwege und überhaupt den öffentlichen Raum dominierten. Die Schülerin sucht jetzt nach Strategien, mehr Mädchen auf die Straße zu bringen. „Das könnten zum Beispiel Feste oder Konzerte auf dem Win-terfeldiplatz sein.“

Einer 16jäh'gen aus Marzahn ging es bei der Debatte nicht so sehr um geschlechtsspezifische Aspekte, sondern eher darum, daß zwischen den Plattenbausiedlungen überhaupt kein Raum für Kids, egal ob Mädchen oder Jungs, geschaffen worden sei. Es gebe zwar zelin kommunale Jugendklubs, aber kein einziges Freibad,

nur ein Kino, kaum Diskos. „Wir treffen uns in den Wohnhöfen. Klar, das wir da nicht leise sein können“, erzählt Nadine Jelen über den ständigen Zoff mit den Anwohnern.

Die Schulsprecherin der Sophie-SchoII-Gesamtschule, Irene Poczka, plädierte dafür, daß Jugendliche aus unterschiedlichen Kiezen zusammenkommen müßten, um der „Verinselung“ und „Isolation“ entgegenzutreten: „Wann trifft man in Schöneberg schon mal einen Jugendlichen aus Hellerdorf?“

Doch, und da waren sich die Jugendlichen - etwa 100 waren erschienen - einig, was nützen die schönsten Vorstellungen und Ent

würfe für eine jugendgerechtere Stadt, wenn die verantwortlichen Politikerinnen sie bestenfalls wahrnehmen, aber nicht umsetzen? Deshalb dominierte in der anschließenden Diskussion nicht so sehr die konkrete Stadtplanung, sondern eher die Forderung nach politischer Mitbestimmung in Gremien und Institutionen. Denn, so hat Irene Poczka in ihrer Schule erfahren. „viele Schülerinnen engagierten sich nicht mehr, weil „man dann genauso gut mit einer Wand reden kann“. Sie appellierte dennoch an die Jugendlichen, sich, wenn es möglich ist, an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen oder diese einzufordern.

Julia Naumann

Mehr Grün, mehr Platz, mehr Sauberkeit

64. Stadtforum: Jugendliche redeten mit Stadtplanern, doch die eigentlichen Fragen blieben offen

VON DAVID ENSIKAT

BERLIN. Was machen Jugendliche eigentlich in der Stadt? Und was macht die Stadt für die Jugendlichen? Müssen Stadtplaner spezielle Wünsche und Bedürfnisse der Noch-nicht-Erwachsenen kennen und beachten?

Diesen Fragen widmete sich am Freitag das 64. Stadtforum, eine Veranstaltung, auf der zunächst richtige Jugendliche auf dem Podium saßen und dann richtige Experten. Die Jugendlichen sagten, was sie wollen, und die Experten sagten, was sie wissen. Erstere sprachen von Parks und Jugendclubs, letztere von multifunktionalen Räumen und Verinselung. Trotzdem konnten am Ende der Veranstaltung Empfehlungen an die verantwortlichen Senatoren formuliert werden.

Eine dieser Empfehlungen betrifft die intensivere Einbeziehung Jugendlicher in die Stadtplanung. Hierzu gebe es bereits entsprechende Gremien - beispielsweise die Schüler- und Jugendhilfeausschüsse der Bezirke. Daß die Arbeit in diesen Gremien bisher mehr Frust als Lust erzeugt, daß sich die Jugendlichen darin kaum ernst genommen fühlen, davon war während der Podiumveranstaltung oft die Rede. Was konkret zu tun sei, um den aktiven Jugendlichen Erfolgserlebnisse zu verschaffen, konnte niemand sagen. Ein konkreter Vorschlag des Stadtforums ist die Einrichtung eines jährli-

chen «Klausurtages» des Senats. Jugendlichen soll hier die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung vor den Entscheidern der Stadt zu äußern. Weiter heißt es in den Empfehlungen: In ganz anderem Umfang als bisher muß Jugendlichen die Möglichkeit der unmittelbaren Mitwirkung an konkreten Projekten gegeben werden." Wie nötig dies ist, machte Nadine Jelen aus Marzahn deutlich. Die 16jährige erzählte von der unzulänglichen Unterstützung, die sie und ihre Freunde beim selbstständigen Ausbau von Jugendtreffs erhalten. Sie fühlen sich von den Erwachsenen einfach nicht ernst genommen. Ganz anders sehe dies aus, wenn sich die jungen Leute auf den Innenhöfen der Neubaublocks treffen und jeder Laut zwischen den Plattenbauten hallt. Dann fänden das die Erwachsenen gar nicht toll und würden plötzlich ganz sachlich. Nadine Jelen machte auch auf die Schließung von Jugendclubs und auf zu kurze Öffnungszeiten der verbleibenden Einrichtungen aufmerksam. Sie ist schwanger. Und sie sagt: »Ich will später auch mal mein Kind in den Jugendklub schicken.«

Eigentlich sollte sich die Diskussion des Stadtforums auf die stadtplanerischen Fragen beschränken. Dies erwies sich aus zweierlei Gründen als wenig praktikabel. Zum einen sind die Vorstellungen Jugendlicher davon, wie der öffentliche Raum in der Stadt beschaffen sein soll, kaum zu unterscheiden von denen aller anderen: Sie wollen mehr Grün und intakte Parkbänke, sie wollen

Sportplätze und Läden. Und sie wollen, eine saubere Stadt, die nicht stinkt. Außerdem muß der Nahverkehr erschwinglich sein - dies ist besonders wichtig in einer großen Stadt wie Berlin. Und die Straßen sollen am Tage ruhig und nachts beleuchtet sein. Nichts jugendspezifisches also.

Das zweite Problem der Veranstaltung lag darin, daß andere Fragen als die der öffentlichen Räume für die jungen Leute viel entscheidender sind.

Slavica Uzelac berichtete von ihrer langen, frustrierenden Suche nach einem Ausbildungsplatz. Sie hat schließlich einen gefunden. Ober 11000 Berliner Jugendliche hatten dieses Glück 1997 noch nicht. Slavica Uzelac sprach von der «Gnade der Daseinsberechtigung», die diesen Menschen vorenthalten werde. Hilflös heißt es dazu in den 'Empfehlungen' des Stadtforums: Jugendliche ohne Arbeit oder Ausbildungsplatz nutzen den Stadtraum anders und haben andere Anforderungen an ihn." Mehr nicht.

In der Diskussionsrunde nach dem 'Jugendlichenpodium' fragte die ISjährige Irene Poczka die Politiker im Publikum: »Passiert da jetzt was?« Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung, antwortete: »Die Veranstaltung ist dazu da, da dran zu bleiben.« Dann fielen noch Worte wie: »Prozeß in die Gremien tragen« und »Konkretisierungsphase«. Während dessen saßen im Publikum noch viele Jugendliche. In der anschließenden Pause - vor dem 'Expertenpodium' - verschwanden sie alle.



UNGEWÖHNLICHE GÄSTE auf dem Podium des Stadtforums, das sich auf seiner 64. Sitzung mit den Wünschen und Erwartungen junge Leute beschäftigte: Lisa Alberding (16), Nadine Jelen (16), Slavica Uzelac (21), özgür SOzem (24) und Irene Poczka (15). Nach ihnen kamen die Experten.
Fotos: Florian Meusel

Mädchen wollen mehr Nischen" -TTPZ- n.-r

Nasi Alimordani erforscht die unterschiedliche Nutzung der Stadt von Jungen und Mädchen

55

Wie nehmen Mädchen den öffentlichen Raum wahr? Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede über Wahrnehmung und Aneignung von Stadt? Nasi Alimordani, 31, studiert Landschaftsplanung an der Technischen Universität und schreibt gerade darüber ihre Diplomarbeit. Sie referierte in der vergangenen Woche beim 64. Stadiforum, das sich mit Jugend und Stadt befaßt, über die vorläufigen Ergebnisse ihrer Arbeit

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, Oberkinder und deren Wahrnehmung des öffentlichen Raums zu forschen?

Nasi Alimordani: Ich arbeite schon sehr lange in Frauen- und Mädchenprojekten und wollte gerne das Praktische mit Theoretischer Arbeit verbinden. Außerdem hat das mit meiner eigenen Geschichte zu tun: Ich lebe erst seit 10 Jahren in Deutschland und komme aus dem Iran. Dort bin ich in zwei Kulturen aufgewachsen, einerseits sehr westlich, andererseits traditionell-religiös. Ich hatte als Mädchen sehr wenig Freiräume. Mein jüngerer Bruder durfte draußen spielen, und ich mußte meiner Mutter in der Wohnung helfen

Wie sieht Ihr Forschungskonzept aus?

Als erstes habe ich mir die wenigen theoretischen Abhandlungen zum Thema Mädchen und ihre Inanspruchnahme des städtischen Raums angeschaut. So ist bereits erforscht worden, daß Jungen häufiger als Mädchen draußen auf der Straße oder im Park spielen. Mädchen spielen lieber in kleinen Gruppen. Die Freizeitsumme, in denen sie sich bevorzugt aufhalten, sind Innen- und Minierhöfe und Hauscingänge, also wohnungsbezogene Räume. Straßen mögen eher ältere Mädchen, so ab 14 Jahren. Parks werden um so häufiger benutzt, je näher sie an der elterlichen Wohnung liegen. Spielplätze sind eindeutig die Domäne der Jungs. Mädchen gehen lieber in Vereine.

Und: Mädchen haben weniger Freizeit als Jungen, weil sie mehr im Haushalt helfen müssen.

Haben Sie die Literatur dann auch praktisch überprüft?

Ich wollte mir das in Berlin an einem bestimmten Wohngebiet anschauen. Da ich selbst in Schöneberg wohne und den Bezirk anhand seiner sozialen Struktur und seiner städtebaulichen Entwicklung für interessant halte, habe ich mir dort das Gebiet um die Martin-Luther-Straße und Eisenacher Straße angeschaut. Das Untersuchungsgebiet reicht im Norden an Tiergarten, im Osten an Kiciaberg heran. Mit sieben Mädchen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren, die ich durch Handzettel in Schulen und Freizeiteinrichtungen erreicht habe, habe ich dann einen dreitägigen Workshop durchgeführt. Zwei von ihnen waren arabischer und türkischer Abstammung, drei von ihnen gehen auf das Gymnasium. Wie sah dieser Workshop aus? Am ersten Tag haben sich die

Mädchen mit Collagen, Bewegungsspielen und Gesprächen dem Thema öffentlicher Raum genähert. Über „Freiräume“ zu reden war für die Mädchen ungewohnt und fremd. Bedürfnisse konnten sie zunächst nicht formulieren. Viele hatten bis dahin keine Vorstellung, daß es in der Aneignung des öffentlichen Raums geschlechtsspezifische Unterschiede geben kann. Am nächsten Tag haben wir einen Streifzug durch das Untersuchungsgebiet mit Videokamera und Fotoapparat gemacht. Die Mädchen sollten sagen, was sie an bestimmten Orten mögen und was sie ändern würden. Was kam dabei heraus? Interessant war zum Beispiel der Neubaukomplex an der Pallasstraße. Sie fanden die Gegend deshalb so furchtbar, weil es dort riesige Parkplätze gibt, die teilweise unterirdisch sind. Die Straßen waren ihnen zu befahren. Sie haben sich dort nicht sehr sicher gefühlt. Der Schmutz störte sie gewaltig.



Alimordani Fold: Lautenschlager

Gibt es denn Verbesserungsvorschläge?

Die Autos sollten natürlich weg, stattdessen wollten sie Spielmöglichkeiten. Ein Mädchen wollte auf dem Parkplatz einen Radweg eröffnen und die Garagen als Pferdeboxen nutzen.

Das ist ja nun nicht besonders realistisch.

Das beschreibt aber die Sehnsüchte der Mädchen, die sich mehr Grün und naturnahe Freiräume

wünschen. Der Wunsch nach dem Reiterhof war ein Ausdruck davon.

Gibt es denn auch ein positiveres Beispiel im Schöneberger Stadtbild?

Die Gollzstraße. Die Mädchen mochten die Straße, weil es dort viele Cafés gibt, es relativ ruhig ist und grün.

Was ist an diesen Beobachtungen Mädchenspezifisch?

Zum Beispiel das Bedürfnis nach Sauberkeit. Sie wünschen sich sauberere Freiräume als Jungen. Sie wollen mehr Nischen zum Zurückziehen und Plätze, beispielsweise Sportplätze, die nur Mädchen zur Verfügung stehen. Jungen rühren sich im öffentlichen Raum oft so auf, als ob er ihnen persönlich gehörte. Mädchen sind dann eher die Zuschauerinnen. Aber natürlich kann man nicht alles in geschlechtsspezifische Kategorien einteilen. Wichtig ist, daß im Laufe des Workshops die Mädchen viel häufiger Wünsche und auch Forderungen formuliert haben als anfänglich. Sie sind für den öffentlichen Raum sensibilisiert worden. Es wäre gut, wenn Mädchen direkt an der Stadtplanung teilnehmen könnten und ihre Wünsche ernst genommen würden.

Interview: Julia Nauninn